



03. Stadtratsprotokoll / 03^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 20. März 2019, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 20 mars 2019 à 18h00

Ort: Kongressaus Biel, Konzertsaal
Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Paronitti Maurice, Rochat Julien

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich,
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / *Affaires traitées***Seite/Page**

25.	Genehmigung der Traktandenliste	110
26.	Mitteilungen Stadtratsbüro	110
	• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK.....	111
27.	20170048 Gurzelen Anpassung der Planungsgrundlagen / Verpflichtungskredit / Botschaft.....	111
28.	20180147 Projekt neue Schulinformatik – DiAna / Verpflichtungskredit / Botschaft	125
29.	20190023 Klassenorganisation für das Schuljahr 2019/2020	133
30.	20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023/ Verpflichtungskredit / Botschaft.....	136
	• Rückweisungsantrag	137
	• Allgemeine Diskussion.....	141
	• Ordnungsantrag.....	149
	• Ordnungsantrag.....	149
31.	20190027 Beaumontweg - Lueg / Kanalisationserneuerung / Verpflichtungskredit.....	156
30.	20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020 - 2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)	157
32.	20120208 Kongresshaus / Zwischenbericht Sofortmassnahmen / Projektänderung.....	158

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Stadtratssitzung. Dem Stadtrat steht viel Arbeit bevor.

Auf Ihren Tischen finden Sie folgende Unterlagen:

- Änderungsantrag Fraktion GLP zu Traktandum «Gurzelen, Anpassung der Planungsgrundlagen / Verpflichtungskredit / Botschaft»
- Änderungsantrag Fraktion Grüne zu Traktandum «Gurzelen, Anpassung der Planungsgrundlagen / Verpflichtungskredit / Botschaft»
- Angepasster Beschlussesentwurf Traktandum «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft»
- Rückweisungsantrag Fraktion SVP / Die Eidgenossen zu Traktandum «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft»
- Änderungsantrag Fraktion SVP / Die Eidgenossen zu Traktandum «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft»
- Änderungsantrag Fraktion SP/JUSO zu Traktandum «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft»

Auf dem Tisch des Weibels liegt folgende Unterlage auf:

- Flyer der Äss-Bar

25. Genehmigung der Traktandenliste

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Mit Blick auf die sehr umfangreiche Traktandenliste bitte ich Sie, sich in der Diskussion auf das Wesentliche zu konzentrieren und auf Wiederholungen zu verzichten. Je nach Sitzungsverlauf werde ich mir erlauben, Rednerlisten zu erstellen und die Redezeit zu beschränken. Ziel der heutigen Sitzung ist, mindestens alle Gemeinderatsgeschäfte abgeschlossen zu haben.

Es wurde mehrfach gewünscht, die dringliche überparteiliche Motion 20180413 «A5: Falls Konsultativabstimmung, dann zum richtigen Zeitpunkt und mit der(n) richtigen Frage(n)» nach der dringlichen Motion 20180362 «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5» zu behandeln, da die beiden Vorstösse inhaltlich zusammenhängen.

Die Traktandenliste wird **mit dieser Änderung genehmigt**.

26. Mitteilungen Stadtratsbüro

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Zu den heute traktandierten Botschaften liegen noch keine Gegenargumente vor. Diese müssen bis morgen, 11.00 Uhr, schriftlich beim Ratssekretariat eingereicht werden. Unter Umständen muss eine

Redaktionskommission eingesetzt werden. Diese müsste die Anpassungen dem Ratssekretariat bis spätestens am 28. März 2019 unterbreiten, damit die fertig überarbeiteten Botschaften rechtzeitig für die Volksabstimmung an die Stadtkanzlei weitergeleitet werden können.

Je nach heutigem Sitzungsverlauf erübrigt sich eine Doppelsitzung im April. Allenfalls muss aber im Mai eine solche vorgesehen werden. Die Traktandenliste ist lang und ich möchte meinem Nachfolger nicht allzu viele Überträge überlassen.

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK **genehmigte** an ihrer Sitzung vom 14. März 2019 die folgenden Abrechnungen der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz einstimmig und mit folgender Bemerkung:** *«Erneut liegen zwei Abrechnungen vor, bei welchen die Einhaltung der Submissionsvorschriften mangels Unterlagen nicht überprüft werden kann. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat erneut dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen»:*

- Verpflichtungskredit 20060279 «Oberer Quai Nord / 2. Etappe»
- Verpflichtungskredit 20100023 «Allmendweg (Zürichstrasse-Solothurnstrasse) / Neugestaltung mit Werkleitungsbau»

27. 20170048 Gurzelen Anpassung der Planungsgrundlagen / Verpflichtungskredit / Botschaft

Wendling Cécile, GPK: Der Sektor Gurzelen hat ein aussergewöhnliches Entwicklungspotenzial. Dementsprechend mussten bei der Planung verschiedenste Interessen und Aspekte berücksichtigt werden. Formell beschliesst der Stadtrat heute über die Anpassung der baurechtlichen Grundordnung dieses Sektors, dank welcher ein neues städtebauliches Konzept umgesetzt werden soll. Die Neugestaltung des Gurzelenquartiers wird erst durch die vorliegenden Anpassungen möglich. Die GPK hat das Geschäft geprüft und möchte auf Folgendes hinweisen:

- Der Planungssperimeter «Gurzelen» wird in fünf Sektoren aufgeteilt. Die Planungsgrundlagen sind je nach Sektor unterschiedlich anzupassen.
- Hinsichtlich der Anpassungen bei den Bau- und Nutzungszonen sowie der Baulinien hat die GPK keine Anmerkungen. Sie sind zweckmässig und lassen nötigen Spielraum.
- Als zentrales Element dieser Vorlage soll die Zone mit Planungspflicht (ZPP) 4.1 neu definiert werden. Die diesbezüglichen Vorschriften sind entsprechend anzupassen. Die GPK möchte auf eine Aussage auf Seite 18 des gemeinderätlichen Berichts hinweisen, wonach Neubauten im Bereich des ehemaligen Stadions (ZPP 4.1.2) *«die Einhaltung der Ziele des Labels «2000-Watt-Areale» oder analoger Ziele nachweisen können»*. Diese Formulierung entspricht auch dem Erläuterungsbericht zum Geschäft 20150330 «Gurzelen / Anpassung der Planungsgrundlagen, Zurverfügungstellung von Land und Realisierung der dazugehörigen öffentlichen Infrastrukturen», der dem Stadtrat am 21. Januar 2016

vorgelegt wurde. Auch darin stand: *«Die Neubauten [...] müssen die Einhaltung der Ziele des Labels «2000-Watt-Areale» oder analoger Ziele nachweisen können»*. Schon damals liess der Gemeinderat jedoch durchblicken, dass diese Anforderungen künftigen Investoren nicht unter allen Umständen aufgebremst werden sollen. Heute jedoch liegt dem Stadtrat ein Reglementsentwurf vor, der in den Gestaltungs- und Erschliessungsgrundsätzen zur Teilzone 4.1.2 (Anhang 1) entgegen den Ausführungen im Bericht explizit auf die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft abzielt. Andere analoge Zielvorgaben werden nicht mehr vorgesehen. Der Bericht hätte diese Divergenz gegenüber den Grundlagen von 2016 aufführen sollen. Die GPK weist der Klarheit halber auf diese Diskrepanz hin, überlässt es aber dem Stadtrat zu entscheiden, welche Formulierung nun tatsächlich genehmigt werden soll.

- Aus Sicht der GPK ist daran festzuhalten, dass der in der baurechtlichen Grundordnung geforderte Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus an der Bruttogeschossfläche 50% nicht übersteigen sollte. Dieser Prozentsatz entspricht dem Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (SGR 854.1) und sollte nicht überschritten werden. Trotzdem verfolgt der Gemeinderat offenbar das Ziel, 85% der Bruttogeschossfläche dem gemeinnützigen Wohnungsbau zuzuführen. Für die GPK bleibt zudem fraglich, wie aufgrund der verschiedensten Auflagen die Finanzierung für die Wohnbaugenossenschaften gewährleistet werden soll.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Das vorliegende Geschäft ist erstens ein Meilenstein für den seit 2013 stattfindenden Entwicklungsprozess des Gurzelenquartiers und zweitens ein Meilenstein auf dem Weg zum Ziel, bis 2035 in Biel einen Anteil gemeinnütziger Wohnungen von 20% zu erreichen. Gemeinnützige Wohnungen haben zahlreiche Vorteile: da kein Gewinn erwirtschaftet wird, fallen die Mieten geringer aus als bei privaten VermieterInnen und das langfristige Mietzinswachstum ist tiefer. Auch MieterInnen von privaten EigentümerInnen profitieren von einem grösseren Anteil gemeinnütziger Wohnungen, da sich ein solcher generell dämpfend auf das Mietzinsniveau auswirkt. Aus diesen und anderen Gründen verabschiedete der Stadtrat am 29. Juni 2016 als Reaktion auf die Volksinitiativen «Für bezahlbare Wohnungen» und «Für bezahlbare Wohnungen im Gurzelen» das Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW; SGR 854.1). Dieses verlangt, dass in Biel bis 2035 ein Fünftel aller Wohnungen in den Händen gemeinnütziger Wohnbauträger sein muss. Diesen Wert hat Biel leider noch lange nicht erreicht: Ende 2016 waren nur 14% der Wohnungen gemeinnützig und dieser Anteil nimmt laufend ab. Momentan wären ungefähr 1'800 zusätzliche gemeinnützige Wohnungen nötig, um den Zielanteil von 20% zu erreichen. Das Projekt, über welches der Stadtrat heute berät, würde den Bau von gegen 400 gemeinnützigen Wohnungen erlauben und wäre deshalb ein wichtiger – um nicht zu sagen zwingender – Schritt in diesem Prozess. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, ob der Gemeinderat bereits Ideen für zukünftige Standorte für gemeinnützige Wohnbauprojekte hat. Die noch hängige Einsprache des Regionalverbands Biel-Solothurn der Wohnbaugenossenschaften Schweiz verlangt, dass bereits in der baurechtlichen Grundordnung festgehalten wird, dass der gesamte Bereich des ehemaligen Fussballstadions für gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden soll. Dieses Anliegen kann die Fraktion SP/JUSO gut nachvollziehen, zumal gemeinnütziger und genossenschaftlicher Wohnungsbau zu ihren Kernanliegen gehört. Doch wie dem Bericht entnommen

werden kann, will der Gemeinderat sogar noch weitergehen: Nicht nur der Bereich des alten Stadions, sondern das gesamte zu bebauende Gelände soll an gemeinnützige Wohnbauprojekte gehen. Ausgenommen sind nur die Grundstücke der Burgergemeinde Bözingen und der Stiftung Zentrum SIV sowie die Schulanlage Champagne. Die Fraktion SP/JUSO ist der Meinung, dass dies der richtige Weg für das Gurzelenquartier und die Stadtentwicklung ist. Mit der neuen baurechtlichen Grundordnung wird eine ganz neue Dimension von genossenschaftlichem Wohnungsbau ermöglicht.

Das Projekt überzeugt aber auch in anderer Hinsicht: Verdichtung und Nachhaltigkeit werden berücksichtigt, ein öffentlicher Quartierplatz soll entstehen, und die Schulanlage Champagne erhält endlich den dringend benötigten Schulraum. Ebenfalls begrüssenswert ist, dass sowohl für die Leichtathletik als auch für den Zirkus Knie eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden konnte. Zusammenfassend findet die Fraktion SP/JUSO, dass der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe Gemeinnütziger Wohnungsbau (AGGW) beim vorliegenden Geschäft sehr gute Arbeit geleistet haben. Mit diesem Projekt kann ein Quartier geschaffen werden, in dem die Menschen gerne leben, zur Schule gehen oder ihre Freizeit verbringen. Sie wird die Änderung der Planungsgrundlagen deshalb geschlossen unterstützen.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! unterstützt das vorliegende Geschäft ebenfalls. Ihr liegt aber die Gemeinschaft «Terrain Gurzelen» am Herzen, die heute nachhaltige und wertvolle Quartierarbeit leistet. Die Fraktion Einfach libres! besteht darauf, dass die Kündigung des nun endlich zustande gekommenen Vertrags mit dieser Gemeinschaft erst zeitnah zum Baubeginn erfolgt und nicht bereits auf Vorrat.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP begrüsst, dass die Zone mit Planungspflicht (ZPP) auf den ehemaligen Stadion- und Fussballplatzbereich reduziert wurde und der bestehende Gurzelenparkplatz im Rahmen einer üblichen Bau- und Nutzungszone überbaut werden kann. Sie ist auch einverstanden mit der Anpassung der Nutzungszone im Bereich Schulhaus Champagne, denn diese erlaubt die dringend erforderliche Schulraumerweiterung, die mit der Erstellung der rund 400 neuen Wohnungen noch unerlässlicher wird. Die Fraktion FDP begrüsst ebenfalls die verdichtete Bauweise. Momentan sind 26'000 - 36'000 m² Bruttogeschossfläche vorgesehen. Die Fraktion FDP würde aber einen höheren Minimalwert bevorzugen, beispielsweise 30'000 - 36'000m². Eine Bruttogeschossfläche von nur 26'000 m² würde noch keine bedeutende Verdichtung bewirken. Die Fraktion FDP begrüsst ferner, dass sowohl für die Schulraumerweiterung als auch beim Wohnungsbau qualitätssichernde Verfahren durchgeführt werden sollen. Wir können uns mit einem minimierten Parkplatzangebot einverstanden erklären, obschon dabei ein vernünftiges Mass gefunden werden muss. Die energieeffiziente Bauweise unterstützen wir selbstverständlich auch. Wie die GPK-Sprecherin bereits erwähnte, sollten jedoch die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft noch mit analogen Zielsetzungen ergänzt werden, so wie dies im Bericht von 2016 an den Stadtrat vorgesehen war. **Die Fraktion FDP beantragt deshalb, im Anhang 1 des Baureglements in den Gestaltungs- und Erschliessungsgrundsätzen zur Teilzone 4.1.2 festzuhalten: «[...] Ziele der «2000-Watt-Gesellschaft» oder analoger Zielsetzungen [...]».** Die Fraktion FDP hat grundsätzlich kein Problem damit, dass in der Gurzelen vor allem

Wohnbaugenossenschaften Land erwerben und ihre Projekte verwirklichen sollen. Sie wünscht aber, dass bei der Berechnung des Landpreises die zentrumsnahe Lage und das positive Entwicklungspotenzial berücksichtigt werden und die Landpreise zu Marktwerten festgesetzt werden.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a pris connaissance du rapport du Conseil municipal concernant la planification du quartier de la Gurzelen et le remercie pour la qualité et la richesse des précisions. Le concept urbanistique proposé est séduisant et répond à un besoin réel quant à la réorganisation de ce quartier depuis la désaffectation du terrain de football de la Gurzelen. Une planification globale tenant compte des différentes problématiques comme la construction de logements, le développement social de la vie du quartier, les infrastructures scolaires ou encore les adaptations nécessaires des rues adjacentes, est un énorme défi. Ce défi a été relevé avec pertinence dans l'élaboration de ce projet. Le Groupe PSR constate avec satisfaction que la planification tient largement compte de la nécessité de promouvoir des logements d'utilité publique et des coopératives d'habitation. Cependant, le taux recherché de 20% de logements d'utilité publique n'est pas encore atteint en Ville de Bienne. Il s'agira d'en tenir compte dans la suite des futures planifications des quartiers biennois. L'extension de l'Ecole de la Champagne comprend également la construction d'une aula, ce qui est une excellente chose. Selon la planification, ce bâtiment se situera sur l'actuel terrain de la Gurzelen et il faudra traverser une route pour y accéder. Ordinairement, les différents bâtiments d'un complexe scolaire se trouvent dans le même périmètre. La sécurité sera-t-elle garantie en ce qui concerne l'accès à l'aula? Ce sont souvent des classes entières qui se rendent ou sortent de l'aula et il est important d'en réduire les risques d'accidents au maximum. Le cirque Knie devra déménager et l'accueil du cirque sur le territoire communal reste toutefois garanti. C'est bien vu et bien pensé, mais où se rendront les nombreuses écoles qui donnent rendez-vous aux élèves à la place de la Gurzelen pour partir en camps de ski, par exemple? Selon la situation, le va-et-vient incessant des voitures transportant skis et bagages ne peut pas se faire tout simplement sur le bord de la route, devant une école. Un endroit plus adéquat doit être trouvé et proposé aux responsables des entités scolaires. La construction d'un parking souterrain est un autre élément important. Privilégier la vie sociale en surface et assurer une meilleure qualité de vie reste un objectif louable à poursuivre. Dès lors, le Groupe PSR réitère ses remerciements au Conseil municipal pour la minutie et la qualité de ce projet et soutient sans réserve le projet d'arrêté ainsi que le message au peuple, tels qu'ils nous ont été présentés.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen steht hinter dem vorliegenden Projekt, jedoch mit einigen Anmerkungen und Bedenken. Die Erweiterung des Schulhausperimeters Champagne scheint uns richtig und nachvollziehbar. Allerdings werden dadurch die einzigen Sportanlagen tangiert, die den Anforderungen der Leichtathletik einigermaßen genügen. Wenn diese Anlagen tatsächlich aufgelöst werden sollen, müssen die schon lange geplanten Anlagen im Bözingenfeld endlich realisiert werden. Auch bezüglich Parkplätzen hat meine Fraktion Bedenken. Der Champagne-Parkplatz wird heute rege genutzt. Nachts sind dort jeweils zwischen 50 und 100 Autos von Anwohnenden parkiert. Wird der Platz aufgelöst, ist fraglich, wo diese künftig abgestellt werden können. Deshalb sollten die neu zu realisierenden Parkieranlagen nicht nur der neuen Überbauung dienen,

sondern auch der heutigen Anwohnerschaft, die keine andere Parkierungsmöglichkeit hat. Zu diesem Thema ist an der heutigen Stadtratssitzung auch das Postulat 20180296 «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen» traktandiert, das eine Prüfung verlangt, ob öffentliche Parkhäuser auch Privaten zur Verfügung gestellt werden könnten. Dieses Vorgehen wäre auch in der Gurzelen möglich. Zu guter Letzt weiss der Gemeinderat offenbar nicht, dass die Sporthalle der Gewerbeschule schweizweit eine der besten ist. Es handelt sich um eine in der Schweiz wohl einmalige doppelstöckige Dreifachturnhalle, und die externen Teilnehmenden sind regelmässig beeindruckt von den einmaligen Bedingungen der dortigen Infrastruktur. Nun ist es aber so, dass die Sporttreibenden mit ihren grossen Taschen meistens nicht mit dem öffentlichen Verkehr anreisen. Es wäre deshalb schade, wenn keine entsprechenden Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und das ganze Quartier zuparkiert wird. Auch für die Nutzenden der Sporthallen sollte deshalb eine Lösung gefunden werden.

Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist eine Forderung nach einem Anteil von 100% an Wohnbaugenossenschaften nicht nachvollziehbar. Die Wohnbaugenossenschaften beabsichtigten bereits 2016, externe Unterstützung herbeizuziehen für die Planung des Gebietes unter den heutigen Voraussetzungen, also mit einem Anteil von weniger als 100%. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der vorliegend angestrebte Mix gut. Es darf nicht sein, dass Baulandreserven auf Vorrat reserviert werden. Das Gebiet soll jetzt entwickelt werden. Wer den Zuschlag erhält, sollte die Auflage erhalten, eine rasche Umsetzung anzustreben.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Im Grossen und Ganzen wurde der vorliegende Planungsentwurf viel gelobt, und die Fraktion Grüne stimmt in diesen Kanon weitestgehend mit ein. Die vorliegende Planung ist für Biel ein grosser Wurf. 60'000 m² mitten in einer Stadt an bevorzugter Wohnlage, die neu überbaut und gestaltet werden dürfen, sind schweizweit wohl ziemlich einmalig. Dem Bericht kann entnommen werden, dass das Gebiet ein wertvolles Entwicklungspotenzial für Private, Wohnbaugenossenschaften, die öffentliche Nutzung, die Burgergemeinde Bözingen, soziale Institutionen und auch das Gewerbe aufweist. Viele werden von der neuen Überbauung profitieren. Das Gebiet ist zentrumsnah und in der Nähe der Leuchtturmprojekte Swatch-Omega und Schüssinsel. Es handelt sich also um ein vielversprechendes Projekt, das auch für die gemeinnützigen Wohnbauträger wichtig ist. Es geht nicht darum, am Vorschlag des Gemeinderats zu rütteln. Aufgrund städtischer Reglemente und zwei überwiesenen Initiativen müssen nun gemeinnützige Wohnungen erstellt werden, um den städtischen Nachholbedarf betreffend gemeinnützigem Wohnungsbau so weit als möglich zu decken. Auch für den öffentlichen Raum wird einiges versprochen: So soll ein schöner, grosser, durch öffentliche Infrastruktur belebter Platz entstehen. Auf dem Platz ist ein Pavillon vorgesehen und im Kopfgebäude des neu entstehenden Komplexes soll Raum für die öffentliche Nutzung bereitgestellt werden. All diese Voraussetzungen bilden einen guten Rahmen für einen belebten öffentlichen Raum. Für die Fraktion Grüne ist auch die Planung nach den Werten der «2000-Watt-Areale» sehr wichtig. Dieses städtebauliche Label geht punkto Umgang mit Energie und Ressourcen sehr weit. Es ist konform mit der Energiestrategie 2050 des Bundes und mit dem Pariser Klimaabkommen. Schön, wenn sich Biel in diese Visionen einreicht! Schlussendlich erlaubt das Projekt die Weiterentwicklung der Schulanlage Champagne, die immer

wieder an ihre Grenzen stösst. Momentan sind einige Klassen in einem Provisorium untergebracht. Nun soll neuer Platz für eine Verdoppelung des Schulraums geschaffen werden. Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion Grüne das vorliegende Geschäft. Trotzdem hat sie einige Bemerkungen und kritische Fragen.

In den Stadtratsunterlagen herrscht ein Wirrwarr rund um die Begriffe «2000-Watt-Gesellschaft» und «2000-Watt-Areale». Im Bericht geht es um die «2000-Watt-Areale», gemäss Baureglement ist das Gebiet nach den Zielen der «2000-Watt-Gesellschaft» zu überbauen. Das ist nicht ganz das Gleiche. «2000-Watt-Areal» ist eine zwar flexible Zertifizierung, die aber trotzdem klare Vorgaben macht. Hingegen ist «2000-Watt-Gesellschaft» eine offenere Formulierung. Die Fraktion Grüne möchte vom Gemeinderat erfahren, wie eng die diesbezüglichen Vorgaben zu verstehen sind. Soll es zu einer Zertifizierung kommen oder nicht? Die Fraktion Grüne wird dem Antrag der Fraktion FDP nicht zustimmen, da sie eine Zertifizierung nach den Werten der «2000-Watt-Areale» bevorzugt. Ein weiterer Punkt sind die Anzahl Parkplätze, die auch vom Sprecher der Fraktion SVP/Die Eidgenossen angesprochen wurde. In einem «2000-Watt-Areal» müssen die Parkierungsmöglichkeiten sicher reduziert werden. Für die Fraktion Grüne war der ursprünglich vorgesehene Text von Anhang 1 zum Baureglement klarer als die jetzt vorliegende Version. Dort stand: *«Die Gemeinde kann auf Antrag der Grundeigentümer entscheiden, die Anzahl privater Abstellplätze bis auf ein Verhältnis von 0.1 pro Wohnung gegen eine Ersatzabgabe zu reduzieren»* Die Fraktion Grüne möchte diesen Passus wieder in das Baureglement aufnehmen. Allerdings soll es nicht darum gehen, sich von der Parkplatzerstellungspflicht freizukaufen. Vielmehr soll für eine derartige Reduktion ein Mobilitätskonzept erforderlich sein. **Die Fraktion Grüne beantragt daher, im Anhang 1 des Baureglements unter «Teilzone 4.1.2; Gestaltungs- und Erschliessungsgrundsätze» als weiteren Punkt anzufügen: «Die Gemeinde kann auf Antrag der Grundeigentümer resp. der Bauherrschaft entscheiden, die Anzahl privater Abstellplätze bis auf ein Verhältnis von 0.1 pro Wohnung bei Unterbreitung eines Mobilitätskonzeptes zu reduzieren.»** Damit enthielte der Text wieder eine Bezifferung und alle wüssten genau, woran sie sind. Mit Vorlegen eines Mobilitätskonzeptes könnte die Anzahl Parkplätze entsprechend reduziert werden und die daraus entstehenden Konsequenzen würden klar ausgewiesen.

Die Vorgaben zu den Wohnbaugenossenschaften sind eine grosse Chance, aber auch eine riesige Aufgabe. Die Bieler Wohnbaugenossenschaften werden sich anstrengen müssen, um auf der Gurzelen investieren und bauen zu können; ich gehe davon aus, dass momentan keine Bieler Wohnbaugenossenschaft über die entsprechenden Mittel verfügt. Ein kleiner Wermutstropfen zum Schluss: Alle wissen, welche interessante Angebote dank der Zwischennutzung des Terrains Gurzelen entstanden sind. Das Quartier lebt. Die Fraktion Grüne bedauert, dass diese Art der Terrainnutzung verschwinden wird. Geniessen wir sie noch solange als möglich! Übrigens informierte ich mich, woher der Ausdruck «Gurzelen» stammt. Offenbar kommt er aus dem Lateinischen und bedeutet «kleiner Hof». Vermutlich stand auf der Gurzelen zu historischen Zeiten also ein kleiner Hof. Dieser kleine Hof hat ein riesiges Entwicklungspotenzial bis hin zur Überbauung Gurzelen. Ich finde, das zeigt einen schönen Entwicklungsweg auf.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal pour son bon rapport. Il est réjouissant de voir se développer cette zone avec un grand potentiel. De nouveaux besoins en bâtiments scolaires vont être couverts, qui est essentiel avec l'explosion de nouveaux logements prévus dans cette zone. Certes, la prévision de nouvelles habitations ne signifie pas la construction dans ces prochains mois, mais notre groupe émet encore certains doutes concernant le nombre d'appartements. Le marché des appartements en location est déjà saturé et les caisses de pension investissent massivement pour lutter contre les intérêts bancaires négatifs, quitte à avoir des rendements très faibles. Le modèle coopératif est intéressant, mais quelle coopérative d'habitation a actuellement les moyens d'investir à cette échelle? Les banques se montrent plus prudentes en considérant les faibles rendements potentiels. Les «sites 2000 Watts» sont une bonne idée, mais nous avons beaucoup de doute concernant «l'industrie» des labels, dont les seuls gagnants sont les entreprises de consulting actives dans le domaine des énergies renouvelables. Une construction écologique fait sens, mais sans le surcoût des labels. Le Groupe PRR soutient le projet de modification des bases de planification Gurzelen, mais recommande au Conseil municipal d'agir avec modération dans la réalisation des nouveaux immeubles locatifs.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Mit der vorliegenden Anpassung der baurechtlichen Grundordnung werden die Voraussetzungen für eine interessante Quartierentwicklung in der Gurzelen geschaffen. Auch die Fraktion GLP begrüsst diese Planung im Grossen und Ganzen. Im Bereich Blumenstrasse ist eine harmonische Weiterführung der bestehenden Quartierstruktur vorgesehen. Beim ehemaligen Stadion soll eine hochwertige Siedlung entstehen, die mindestens mehrheitlich von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften erstellt werden soll, was die Fraktion GLP begrüsst. Sie war schon immer der Meinung, dass die Stadt die planerischen Voraussetzungen schaffen soll, um den Anteil der gemeinnützigen Wohnbauträger in Biel zu erhöhen. Diese Siedlung soll oberflächlich möglichst verkehrsfrei und die Innenhöfe begrünt werden. Die Parkplätze (also auch die öffentlichen, die ersetzt werden müssen) sollen unterirdisch angelegt werden. Auch diese Entwicklung begrüsst die Fraktion GLP. Wie bereits in der Mitwirkung angemerkt, wünschte sich die GLP aber klarere Bestimmungen bezüglich des Mobilitätskonzepts. Wir haben deshalb Sympathien für den Änderungsantrag der Fraktion Grüne. Erfreulich ist die Bestimmung, dass sich die Überbauung an den Zielen der «2000-Watt-Gesellschaft» orientieren soll. Wir sind gespannt auf die diesbezügliche Antwort des Gemeinderats. Die zunehmende Versiegelung des Bodens im Stadtraum ist unseres Erachtens ein grosses Problem, gerade auch in Anbetracht des Klimawandels. Es wäre wünschenswert, wenn die Stadt in dieser Hinsicht vermehrt eine Vorbildfunktion einnehmen würde. Andere Städte wie zum Beispiel die Stadt Sion (die aufgrund ihrer Lage bereits etwas stärker exponiert ist) unternehmen in der Zwischenzeit grosse Anstrengungen, um den öffentlichen Raum möglichst zu entsiegeln.

In diesem Zusammenhang hat die Fraktion GLP auch einen Vorbehalt im Bereich der Schulanlage Champagne anzubringen. Der Erweiterungsbedarf ist selbstverständlich unbestritten. Wir bedauern allerdings ganz generell, dass dafür eine weitere innerstädtische Grün- und Sportfläche geopfert werden soll. Wir betrachten die Verschiebung von solchen Flächen an die Peripherie nicht unbedingt als wünschenswert. Es ist für alle Kinder und auch für Erwachsene wünschenswert,

möglichst in der Nachbarschaft öffentliche Grün- und Sportflächen vorzufinden. Die heutige baurechtliche Grundordnung weist bei vielen städtischen Schulhäusern explizit Grünflächen aus. Ich habe festgestellt, dass das nicht nur auf die Quartierschulhäuser Geyisried oder Linde zutrifft, sondern beispielsweise auch auf das Neumarktschulhaus. Bei der Schulhauserweiterung Champagne werden keine Grünflächen mehr ausgewiesen, sondern der gesamte Perimeter soll zur Bauzone erklärt werden. Die Fraktion GLP kann das insofern nachvollziehen, als zurzeit ein Planungswettbewerb für die Champagne läuft und die Planer betreffend Flächennutzung offenbar nicht eingeschränkt werden sollen. Wir verstehen aber nicht, weshalb im Nutzungszonenplan die Grünflächenziffer gestrichen werden soll. Heute gilt für fast alle städtischen Schulhausareale eine Grünflächenziffer. Ausnahmen gibt es nur bei Innenstadtschulhäusern wie der Plänke, bei welchen eine Grünfläche schlicht nicht realisierbar ist. **Die Fraktion GLP stellt deshalb den Antrag, dass auch bei der Schulanlage Champagne eine Grünflächenziffer von mindestens 30% vorgesehen wird.** Angesichts der Tatsache, dass das Schulareal Champagne mit der vorgesehenen Zonenplanung im Vergleich zu anderen Schulen ziemlich gross ausfällt, sollte es möglich sein, eine Grünflächenziffer vorzusehen. Es ist aus unserer Sicht wichtig und wünschenswert, dass Kinder, die in der Stadt aufwachsen, in ihrem Umfeld auch etwas Grün und Natur vorfinden. Gerade in einem Gebiet mit fortschreitender Stadtentwicklung ist ein Schulhaus samt dazugehörigem Umschwung wichtig.

Die Fraktion GLP hat im Botschaftstext überdies einen kleinen Fehler entdeckt: Auf Seite 10 steht, dass die im Bözingenfeld neu zu erstellende Leichtathletikanlage Ende 2019 bereitstehen soll. Das stimmt nicht mehr und müsste neu «**Ende 2020**» heissen. Die Fraktion GLP findet das vorliegende Quartierentwicklungsprojekt aber unter dem Strich sehr gut und wird dem Geschäft zustimmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts und die interessante Diskussion. In der Tat ist das fragliche Areal sehr spannend, wichtig und einmalig in verschiedener Hinsicht. Es liegt einmalig, nämlich genau in der Stadtmitte. Denn diese liegt nicht in der Innenstadt, sondern westlich davon. Das Gebiet Gurzelen hat ein sehr hohes Potenzial. Deshalb geht der Gemeinderat sehr sorgfältig damit um und nahm sich die nötige Zeit für die Planungsentwicklung. Dabei wurden auch die beteiligten Wohnbaugenossenschaften miteinbezogen. Einmalig ist auch, dass die Stadt nicht nur Planungshoheit hat, sondern auch Landeigentümerin ist. Entsprechend kann sie nicht nur via baurechtliche Grundordnung, sondern beispielsweise auch über die Erstellung der Baurechtsverträge sehr stark Einfluss nehmen. So können im Einzelfall massgeschneiderte und angepasste Lösungen gefunden werden. Das ist eine tolle Ausgangslage und es gilt, sorgfältig damit umzugehen. Ich möchte nochmals daran erinnern, dass sich das fragliche Gebiet zwischen Industrie und Wohnzone befindet. Die enge Verbundenheit zwischen Arbeiten und Wohnen, die schlussendlich die historische Grundlage dafür ist, dass Biel zu einer Stadt wurde, kann vorliegend weitergeführt werden. In unmittelbarer Nähe zur Gurzelen befindet sich die Schüssinsel. Wer künftig in der Gurzelen wohnt, hat diesen absolut einmaligen Naherholungsraum quasi als Garten. Selbstverständlich muss dieser mit anderen Menschen geteilt werden, aber die Schüssinsel ist etwas ganz Tolles. Die Lebensqualität in den Quartieren rund um die Schüssinsel wird steigen.

Warum soll die baurechtliche Grundordnung angepasst werden? Die aktuellen Regelungen erlauben keine optimale Ausschöpfung des Potenzials dieses Gebiets. Auch hinsichtlich Qualität und Verdichtung entsprechen sie nicht dem «State of the art». Es geht um die Neugestaltung des öffentlichen Raums, um die Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum und um weitere Elemente. Damit all diese Bedürfnisse optimal und abgestützt auf das städtebauliche Konzept von 2014 erfüllt werden können, sind der Stadtrat und die Bevölkerung aufgefordert, den vorliegenden Anpassungen zuzustimmen.

Der Gemeinderat wünscht, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger in Zukunft wieder stärker als in den letzten Jahren stabilisierend auf den Bieler Wohnungsmarkt einwirken, weil sie über die Kostenmiete einen Teil des bebauten Gebiets der Grundstückspekulation entziehen. Deshalb will der Gemeinderat an diesem einmaligen Standort einen ersten grossen und wichtigen Schritt machen, um das Ziel von 20% gemeinnützigen Wohnungen am Gesamtwohnungsangebot bis 2035 zu erreichen. Es stimmt, dass diese Massnahme allein nicht reichen wird. Weitere werden folgen müssen. Die Gurzelen kann jedoch einen substanziellen Beitrag leisten. Dieser ist nötig, denn vor fünf oder sechs Jahren betrug der Anteil der gemeinnützigen Wohnbauträger noch 16%, vor drei Jahren aber nur noch 14%. Dabei haben die Wohnbaugenossenschaften ihr Angebot nicht reduziert aber die Wohnbautätigkeit von Privaten hat stark zugenommen. Entsprechend kann das Ziel von 20% an gemeinnützigen Wohnbauträgern nur erreicht werden, wenn nun auch bei den genossenschaftlichen Wohnungen Anstrengungen unternommen werden. Beim vorliegenden Projekt konnte erstmals auf die Arbeitsgruppe Gemeinnütziger Wohnungsbau (AGGW) zurückgegriffen werden. Sie setzt sich paritätisch aus den Vertretungen der Wohnbaugenossenschaften und der Stadt zusammen und diskutiert generell über das Thema des gemeinnützigen Wohnungsbaus, aber auch über Projekte wie das vorliegende. So kann eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entstehen. Ich möchte den Beteiligten herzlich danken, denn nur gemeinsam geht es vorwärts.

In einer ersten Phase soll auf dem Gurzelenparkplatz ein Pilotprojekt mit den Wohnbaugenossenschaften angegangen werden. Auf diesem Gebiet haben die Stiftung Zentrum SIV Anspruch für eine geschützte Werkstätte und, gestützt auf ein sehr altes Landgeschäft, auch die Burgergemeinde Bözingen noch Rechte. Ziel des Pilotprojekts ist es, eine Grundlage für die Zusammenarbeit zu schaffen damit eine in jeder Hinsicht vorbildliche Überbauung entstehen kann. Die Genossenschaften haben in den letzten Jahren nicht im grossen Stil gebaut. Deshalb müssen sich die verschiedenen Beteiligten nun wieder etwas aneinander gewöhnen, bevor das grosse Terrain beim alten Fussballstadion in Angriff genommen wird.

Auf Seite 22 des Berichts an den Stadtrat steht: *«Die Baurechtsvergabe soll im Rahmen einer Ausschreibung erfolgen, für die in erster Linie qualitative Vergabekriterien gelten. Es geht demnach nicht darum, dem preisgünstigsten Angebot gemessen am Quadratmeterpreis den Vorzug zu geben [...]»*. Der Originaltext ist französisch verfasst und ich gebe zu, dass die deutsche Übersetzung etwas verwirrend ist. Jedenfalls geht es nicht primär um den Preis. Selbstverständlich muss ein korrekter Preis erzielt werden, aber die gemeinnützigen Wohnbauträger müssen sich an die Anlagekostenlimite des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) halten.

Es geht darum, die für die Quartierentwicklung beste Lösung zu finden. Der deutsche Text fokussiert zu stark auf den Preis und tönt etwas nach Discounter. Das ist nicht die Idee. Vielmehr will der Gemeinderat ein gutes Angebot erwirken, denn die Gurzelen soll hinsichtlich Lebensqualität, architektonischer Qualität, Innovation, sozialer und altersmässiger Durchmischung und weiterer Kriterien vorbildlich sein. Das ist das Ziel des Gemeinderats an diesem Standort.

Ich komme zu den vom Stadtrat aufgeworfenen Themen und Fragen: Das Thema «2000-Watt-Gesellschaft» sorgte für Verwirrung. Ich informiere zuerst darüber, was der Gemeinderat möchte und sage dann, was rechtlich möglich ist. Der Gemeinderat hatte zum Ziel, eine «2000-Watt-Areal»-Zertifizierung vorzuschreiben. Die Vorprüfung beim kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zeigte aber, dass der Kanton das gar nicht zulässt. In einer baurechtlichen Grundordnung darf kein Label vorausgesetzt werden. Deshalb hat sich der Gemeinderat dafür entschieden, im Baureglement die «2000-Watt-Gesellschaft» vorzusehen. Deren Ziele sind etwas breiter gefasst, was auch den Änderungsantrag der Fraktion FDP überflüssig macht. Es ist aber klar, dass der Gemeinderat über die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente, beispielsweise die Baurechtsverträge, dafür sorgen will, dass die Überbauung Gurzelen das «2000-Watt-Areal»-Zertifikat erhält. Das ist das klare Ziel des Gemeinderats, auch wenn dieses in der baurechtlichen Grundordnung nicht so verankert werden darf. Wie ich bereits erwähnte, stehen der Stadt als Grundeigentümerin aber weitere Möglichkeiten offen.

Herr Meyer fragte, wo der Gemeinderat weitere Überbauungen von Wohnbaugenossenschaften vorsehen könnte. Momentan liegen keine entsprechenden Ideen vor. Im Gebiet Gurzelen kann ein grosser Schritt für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gemacht werden. Es müssen aber auch kleine Schritte möglich sein. Jedes Mal, wenn die Stadt auch nur eine einzelne Parzelle zu vergeben hat, muss geprüft werden, ob sich diese für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignet. Plötzlich taucht vielleicht irgendwo wieder eine neue Umstrukturierungsmöglichkeit auf. Bevor aber in diese Richtung weitergedacht wird, sollten die Wohnbaugenossenschaften die Möglichkeit erhalten, in der Gurzelen ihre Projekte zu realisieren. Natürlich muss der Gemeinderat immer ein paar Schritte vorausdenken. Das tut er auch im vorliegenden Projekt. Ich danke Herrn Meyer für die Würdigung der Arbeit der AGGW und des Gemeinderats.

Die Zwischennutzung des alten Fussballstadions wurde mehrmals erwähnt. Sie läuft wirklich sehr gut und wurde soeben auf unbefristete Zeit verlängert. Selbstverständlich kündigt der Gemeinderat nicht auf Vorrat, Herr Heiniger. Wollte der Gemeinderat nicht, dass sich diese Zwischennutzung entwickelt, hätte er das Stadion abreißen, das Gelände einebnen und einen Zaun darum herum montieren lassen. Schon nur die Tatsache, dass der Abbruchentscheid aufgeschoben wurde, ist ein Beweis dafür, dass diese Zwischennutzung erwünscht ist. Der Gemeinderat erwartet aber auch, dass die Zwischennutzung bei Baubeginn aufgegeben wird. Es liegt in der Natur einer Zwischennutzung, dass sie ein Ende hat. Es gibt überhaupt keine Anzeichen für diesbezügliche Schwierigkeiten. Nur so können schliesslich andere spannende Zwischennutzungen zugelassen werden. Momentan gibt es keine grösseren Probleme mit dem Betrieb auf der Gurzelen. Bleibt das bis zum Schluss so, ist das ein gutes Zeichen für kommende ähnliche Projekte. Zwischennutzungen sind vor allem deshalb

spannend, weil sie irgendeinmal enden. Ich kann mich an Voten im Stadtrat erinnern, die nach der Expo.02 verlangten, die Türme und die schöne Helix stehen zu lassen. Diese Bauwerke waren aber von Anfang an nur für einen Sommer konzipiert. Das machte auch den Reiz der ganzen Veranstaltung aus. Und immerhin dauert die Zwischennutzung auf der Gurzelen länger als nur einen Sommer.

Herr Strässler sieht ein noch höheres Verdichtungspotenzial. Vorliegend wurde ein städtebauliches Wettbewerbsverfahren durchgeführt, um herauszufinden, welche Verdichtung Fachleute als möglich erachten. Auch der Gemeinderat möchte so stark als möglich verdichten, jedoch ohne die Lebensqualität allzu sehr einzuschränken. Die vorliegende Lösung ist das Ergebnis dieser Abklärungen. Den zusätzlichen Schulraum braucht es nicht nur wegen der neuen Überbauung, sondern auch wegen der neuen und familienfreundlichen Überbauung «Jardin du Paradis». Zudem hat es in der Nähe ältere genossenschaftliche und private Bauten, in welchen auch vermehrt Familien leben. Verschiedene Effekte führen dazu, dass mehr Schulraum nötig wird. Die Tatsache, dass es nicht mehr immer möglich ist, ein kompaktes Schulareal einzuzäunen, ist auch ein Zeichen der Verdichtung und der immer enger werdenden Platzverhältnisse. Heute müssen manchmal kreativere Lösungen gefunden werden. Die vorliegende finde ich spannend, auch hinsichtlich einer gewissen Quartierbelebung. Damit wird die Schule Teil des Quartiers. Die Sicherheitsbedürfnisse von Herrn Rebetez sind aber selbstverständlich nachvollziehbar und werden berücksichtigt. So soll die Champagneallee zwischen der Falkenstrasse und der Zeughausstrasse neu gestaltet und ein neues Verkehrsregime eingeführt werden damit der kritisierte Übergang sicherer wird.

Herr Scherrer fragte, was aus der Leichtathletikanlage werden soll. Diese soll ins Längfeld 1 verlegt werden, wo es heute eine etwas abgetakelte Rundlaufbahn hat. Das ist ein Versprechen des Gemeinderats und ein entsprechendes Projekt ist in Vorbereitung. Ich fühle mich leicht beleidigt, wenn Herr Scherrer behauptet, der Gemeinderat wisse nicht, über welche tolle Turnhalle das BBZ verfüge. Selbstverständlich weiss das der Gemeinderat! Auch wenn die Halle heute dem Kanton gehört, wurde sie seinerzeit von der Stadt gebaut. Ich selber spiele dort jeden Freitagmittag Fussball. Deshalb ist mir sehr wohl bewusst, was für eine Anlage das ist. Im Zusammenhang mit der Überbauung des heutigen Parkplatzes sollen denn auch unterirdische Parkmöglichkeiten geschaffen werden, die sowohl der Anwohnerschaft als auch den verschiedenen Nutzungen im Quartier dienen. Das neu zu schaffende attraktive Quartier soll wegen der Turnhalle nicht unter Parkplatzsuchverkehr leiden. Dazu sind aber noch weitere Verhandlungen nötig. Das BBZ selber hat eine relativ grosse Einstellhalle, die heute für die Freizeitnutzung nicht zugänglich ist. Gerade aufgrund der Verdichtung wird das in Zukunft nicht mehr möglich sein. Der Gemeinderat wird noch entsprechende Diskussionen führen müssen.

Herr Grupp, zu den «2000-Watt-Arealen» respektive der «2000-Watt-Gesellschaft» habe ich mich bereits geäußert. Der Gemeinderat hat keine inhaltlichen Differenzen zum Änderungsantrag der Fraktion Grüne. Der zentrumsnahe Standort der Gurzelen eignet sich sicher gut für ein verkehrsarmes Projekt. Der Antrag der Fraktion Grüne erschwert aber das Verfahren, weil die verlangte Regelung bereits in Art. 54a der kantonalen Bauverordnung (BSG 721.1) steht. Demnach kann die im kantonalen Baugesetz (BSG 721.0) vorgesehene Anzahl Parkplätze bei Gebäuden mit weniger

als 10 Wohnungen gesenkt werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass keine oder nur wenig Motorfahrzeuge vorhanden sind. Bei grösseren Objekten ist für eine Senkung der Anzahl Parkplätze ein Mobilitätskonzept vorzulegen. Die Bewilligung kann durch die Baubewilligungsbehörde erteilt werden. Das ist ein einfacheres Verfahren als dasjenige, welches die Fraktion Grüne verlangt. Ich mache der Fraktion Grüne deshalb beliebt, ihren Antrag zurückzuziehen. Ihre Forderung kann bereits heute ohne Weiteres umgesetzt werden. Zudem können in der Überbauungsordnung oder im Baurechtsvertrag weitere Regelungen in ihrem Sinn eingebracht werden. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass mit Vorliegen eines Mobilitätskonzepts keine Parkplatzersatzabgabe mehr geschuldet ist. Schlussendlich geht es ja nicht darum, via Parkplatzersatzabgabe neue Parkplätze zu finanzieren, sondern die Anzahl Autofahrten zu reduzieren.

Herr Bord forderte, dass nicht zu rasch gebaut wird. Selbstverständlich soll der Markt die Wohnungen immer absorbieren können und es soll eine gute soziale Durchmischung erreicht werden. Deshalb brachte der Gemeinderat das Projekt Gurzelen nicht rascher voran als nötig. Aber es ist ein wichtiges Projekt, um mit dem Anteil an gemeinnützigen Wohnungen vorwärts zu machen. Ich bin überzeugt, dass sich die gemeinnützigen Wohnbauträger auch selber überlegen werden, wie rasch sie das Gebiet überbauen wollen. Das Risiko zu rasch zu bauen besteht eher bei Renditeobjekten von Pensionskassen, bei welchen auf der Bank Minuszinse anfallen. Bereits 1% Rendite ist besser als ein Bankguthaben, auf welchem Ende Jahr ein Minuszins fällig wird. Mit der Idee, die Wohnbaugenossenschaften zu bevorzugen, habe ich ein sehr gutes Gefühl.

Herr Briechle, der Antrag der Fraktion GLP ist aus meiner Sicht überhastet. Der Gemeinderat konnte ihn nicht prüfen und diskutieren. Ich empfehle, diesen abzulehnen, denn er könnte zu sinnlosen Einschränkungen führen. Ich nehme an, die Baudirektorin sieht das ähnlich. Mit diesem Antrag könnten beispielsweise die für Schulanlagen nötigen Aussensportplätze nicht mehr zu den Grünflächen gezählt werden. Zudem benötigen Spielplätze Hartbelag, um auch bei schlechtem Wetter bespielt werden zu können. Die Vorgabe, wie sie die Fraktion GLP vorschlägt, könnte eine sinnvolle Gestaltung verhindern. Selbstverständlich sind 30% Grünfläche nicht wahnsinnig viel. Im Wettbewerbsverfahren wird sicher versucht, diesen Wert zu erreichen. Wird er aber bereits in der baurechtlichen Grundordnung festgehalten, könnte die Umsetzung problematisch werden. Abgesehen davon teile ich die Meinung der Fraktion GLP nicht, wonach es im fraglichen Gebiet nur wenig Grünräume gebe. Die Fussballfelder hinter der Schulanlage bleiben bestehen. Auch die Schüssinsel befindet sich in der Nähe. Im Rahmen der Überbauung des alten Fussballstadions wird der Aussenraumgestaltung ein besonderes Augenmerk gewidmet. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Bedürfnisse der Fraktion GLP auch ohne die von ihr geforderte Einschränkung erfüllt werden können. Hinzu kommt, dass Herr Briechle sagte, normalerweise würden nur Innenstadtschulhäuser keine Grünfläche von mindestens 30% ausweisen. Mit der Entwicklung des Gurzelenquartiers wird der ganze Perimeter etwas urbaner. Abgesehen von den für den Schulbetrieb notwendigen Grünflächen sind direkt beim Schulhaus keine weiteren vorgesehen. Mir ist noch nicht ganz klar, wo die von der Fraktion GLP geforderte Regelung festgehalten werden soll, und es besteht das Risiko, dass damit eine erneute Vorprüfung beim AGR notwendig wird. Dieses Risiko möchte ich nicht eingehen. Hingegen stimmt es, dass die Angabe der

Jahreszahl betreffend Erstellung der Leichtathletikanlage in der Botschaft falsch ist. Sie muss tatsächlich noch angepasst werden. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat dem vorliegenden Geschäft aus Überzeugung und mit einer klaren Botschaft an die Stimmberechtigten zustimmen wird. Ich bin überzeugt, dass die Entwicklung dieses zentralen Quartiers sinnvoll ist und wir uns in Zukunft darüber werden freuen können!

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Er hat die Fraktion Grüne überzeugt. Natürlich wussten wir auch, dass unsere Forderung in der kantonalen Gesetzgebung bereits verankert ist. Wir wollten diese gute Gesetzgebung nun auch noch auf Gemeindeebene festhalten. Wir können aber der Argumentation des Gemeinderats folgen, dass damit das Genehmigungsverfahren komplizierter werden könnte. **Deshalb zieht die Fraktion Grüne ihren Antrag zurück.**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über die beiden noch aufrecht erhaltenen Änderungsanträge der Fraktionen FDP und GLP.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP hat bereits in der Mitwirkung bedauert, dass das ganze Areal der Schulanlage Champagne der Bauzone zugewiesen werden soll und keine Freiflächen vorgesehen sind, wie das bei anderen Schularealen üblich ist. Wer die Mitwirkung gelesen hat, dürfte deshalb von unserem Antrag nicht überrascht gewesen sein. Ich kann der Argumentation des Gemeinderats nicht ganz folgen. Fast alle städtischen Schulareale verfügen über eine Grünflächenziffer von 40%. Mir scheint eine Grünfläche für ein Schulareal ein wichtiger Aspekt für Schulkinder zu sein. Ich verstehe zwar, dass die Umsetzung unseres Antrags dem Gemeinderat allenfalls Probleme bereiten könnte. Bevor die Fraktion GLP ihren Antrag zurückzieht, möchte sie aber eine verpflichtende Zusage des Gemeinderats, dass er ihr Anliegen ernst nimmt und bei der Neugestaltung des Schulareals Champagne hoch gewichtet. Ohne diese Zusage hält die Fraktion GLP an ihrem Antrag fest.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Im Gebiet Champagne soll ein qualitativ hochstehendes Erweiterungsprojekt realisiert werden, gerade auch mit Blick auf die bereits bestehende und geschützte Schulanlage. Zu einem solchen Projekt gehört auch ein attraktiver Aussenraum. Ob die attraktivste Lösung aber 28% oder 32% Grünfläche beinhaltet, kann im Voraus nicht abgeschätzt werden. Es wäre sicher im Interesse der Sache, wenn sich die Fraktion GLP mit dieser Zusage zu einem Rückzug ihres Antrags bewegen liesse. Die Qualität des gesamten Quartiers stützt sich nicht nur auf den Aussenraum der Schulanlage ab. Sie ist gesamtheitlich zu beurteilen. Deshalb macht ein gewisser Spielraum sicher Sinn. Der Gemeinderat verfolgt das Ziel, Grünraum in der geforderten Grössenordnung zu realisieren.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Hält die Fraktion GLP an ihrem Antrag fest? Das ist der Fall. Wir kommen nun zuerst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion FDP.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Ich möchte nochmals klarstellen, dass es darum geht, sich nicht auf ein bestimmtes Label einzuschiessen. Deshalb **beantragt die Fraktion FDP, Anhang 1 des Baureglements in den Gestaltungs- und**

Erschliessungsgrundsätzen zur Teilzone 4.1.2 wie folgt zu ergänzen«[...] Ziele der «2000-Watt-Gesellschaft» oder analoger Zielsetzungen [...]».

Fehr Erich, Stadtpräsident: Offenbar wurde ich nicht verstanden, aber das Begriffs-Wirrwarr ist auch nicht ganz einfach. «2000-Watt-Gesellschaft» ist kein Label. «2000-Watt-Areal» hingegen ist ein Label und darf deshalb nicht festgeschrieben werden. Mit dem Begriff «2000-Watt-Gesellschaft» wird die Absicht des Reglements klar: es soll etwas Nachhaltiges realisiert werden, das dem Klimaschutz Rechnung trägt. Inhaltlich will der Gemeinderat aber die Werte der «2000-Watt-Areal»-Zertifizierung erreichen. Daran ändert der Antrag der Fraktion FDP nichts. Deshalb ist der Ergänzungsantrag der Fraktion FDP unnötig.

Abstimmungen

- über den Antrag der Fraktion FDP, Anhang 1 des Baureglements in den Gestaltungs- und Erschliessungsgrundsätzen zur Teilzone 4.1.2 wie folgt zu ergänzen: «[...] Ziele der «2000-Watt-Gesellschaft» oder analoger Zielsetzungen [...]».

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Fraktion GLP, dass auch bei der Schulanlage Champagne eine Grünflächenziffer von mindestens 30% gelten soll

Der Antrag wird abgelehnt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Da zum Beschlussesentwurf keine Nein-Stimmen vorliegen, schlage ich vor, in der Botschaft keine Argumente der Gegnerschaft aufzuführen. Die für diesen Fall wird das Ratssekretariat die verwendete Standardformulierung in die Botschaft einfügen. Zudem wird die von der Fraktion GLP festgestellte falsche Jahreszahl auf Seite 10 vom Ratssekretariat noch korrigiert (2020 statt 2019).

Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichtes des Gemeinderates vom 30. Januar 2019 betreffend «Gurzelen, Anpassung der Planungsgrundlagen», und gestützt auf Artikel 40 Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe a der Stadtordnung der Stadt Biel vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) mit **54 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen:**

I. Den Stimmberechtigten wird der folgende Beschlussesentwurf zur Annahme empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel beschliesst nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. März 2019 und gestützt auf Artikel 12 Ziffer 3 Buchstabe b der Stadtordnung der Stadt Biel vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Anpassung der Planungsgrundlagen im Bereich «Gurzelen» wird genehmigt.
 2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.
- II. Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten betreffend die Anpassung der Planungsgrundlagen im Bereich «Gurzelen» wird mit Änderungen genehmigt.

28. 20180147 Projekt neue Schulinformatik – DiAna / Verpflichtungskredit / Botschaft

Scherrer Martin, GPK: Die Digitalisierung hat bereits in diversen Bildungsstätten Einzug gehalten. An Schulen verschiedener Gemeinden, Universitäten und in der Weiterbildung werden Laptops und Tablets als Hilfs- und Lehrmittel eingesetzt. In der Arbeitswelt steht mit der Digitalisierung die vierte industrielle Revolution vor der Tür, was eine starke Veränderung der Arbeit zur Folge haben wird. Im Lehrplan 21 ist der Einsatz von Tablets und Laptops als Unterrichtsmittel vorgeschrieben. Für die GPK steht es aus all diesen Gründen ausser Frage, dass das vorliegende Geschäft zwingend notwendig ist, ja bereits hätte umgesetzt werden sollen. Biel hinkt wieder einmal hinterher. Die Stadt ist verpflichtet, ihre Schulräume und Schulkinder mit zeitgemässer Infrastruktur und Lehrmitteln auszustatten. Aber es geht auch darum, den Lehrpersonen die benötigten Lehr- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Die einmaligen Projektkosten von CHF 14,7 Mio. und die wiederkehrenden Kosten von anfangs CHF 1,9 Mio. und später CHF 3,4 Mio. sind hoch. Aber sie sind nachvollziehbar. Es handelt sich um ein grosses Beschaffungsprojekt. Für die Mittelstufe soll ein Klassensatz von 22 Geräten für fünf Klassen angeschafft werden; in anderen Gemeinden fällt dieses Verhältnis deutlich tiefer aus. Zu Laptops und Tablets gehören ein Netzwerk, die Verkabelung und audiovisuelle Geräte für Präsentationen. Auch Drucker sind für die Arbeit der Lehrpersonen unerlässlich. Zudem braucht es für die Projektumsetzung und einen reibungslosen Betrieb genügend geschultes Personal. Dieses fehlt heute in der städtischen Informatik. Deshalb muss zwingend zusätzliches Personal angestellt werden. Es ist richtig, die am Projekt DiAna beschäftigten Mitarbeitenden später grösstenteils für den weiteren Betrieb zu übernehmen, um das notwendige Knowhow sicherzustellen.

Die GPK hat einige kritische Anmerkungen zur Beschaffung. So fragte sie nach, ob die öffentliche Ausschreibung sichergestellt sei und ob alle Komponenten öffentlich ausgeschrieben würden. Das scheint der Fall zu sein. Einzig ist sich der Gemeinderat noch nicht ganz im Klaren darüber, ob er die Drucker mittels bestehendem Vertrag beschaffen oder öffentlich ausschreiben will. Aus Sicht der GPK wäre eine öffentliche Ausschreibung auch bei den Druckern zu begrüssen. Wenn schon alle anderen Komponenten öffentlich ausgeschrieben werden, ist der zusätzliche Aufwand für die Drucker nicht mehr so gross. Sicher könnte dadurch ein guter Preis oder bessere Konditionen erzielt werden. Es geht um den Ersatz aller Drucker und damit um eine grosse Menge von Geräten. Zudem findet die GPK, dass im gemeinderätlichen Bericht den Lehrpersonen und deren Vorbereitung auf die Umstellung zu wenig Beachtung geschenkt wird. Die GPK fragte nach: Offenbar ist geplant, dass pro Schuleinheit ein bis drei Personen vertieft ausgebildet werden und ihr Wissen dann an ihre KollegInnen

weitergeben sollen. Zudem sollen Unterlagen abgegeben und Lernveranstaltungen durchgeführt werden. Der GPK ist es ein zentrales Anliegen, dass Lehrpersonen und Schulen gut auf die Umstellung vorbereitet und eng in das Projekt eingebunden werden. Sie fragte sich, ob die Projektleitung nicht eher bei der Direktion Bildung und Kultur (BKS) liegen sollte und IUL als Lieferantin fungieren sollte. Letztendlich kam sie aber zum Schluss, dass die im Bericht aufgeführte Projektleitung nachvollziehbar ist. Ich möchte trotzdem nochmals anmerken, dass der Gemeinderat und insbesondere die BKS ebenfalls für eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens verantwortlich sind. Insgesamt unterstützt die GPK das Projekt und empfiehlt dem Stadtrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das vorliegende Projekt vollumfänglich und von Herzen. CHF 15 Mio. sind ein Riesenbrocken, den die Stadt nun stemmen muss. Der GPK-Sprecher sagte es bereits: vermutlich wurde erneut zu lange zugewartet und gespart. Nun ist Biel im Hintertreffen. Andere Schulen und Kantone sind schon viel weiter. Trotzdem möchte ich festhalten, dass nicht nichts unternommen wurde. Das Projekt wurde zusammen mit den Schulen ausführlich evaluiert. Es wurde darauf geachtet, dass es gut umsetzbar, dem Tagesgeschäft gewachsen und nicht überdimensioniert ist. Das wird auch an der Anzahl der anzuschaffenden Geräte ersichtlich. Mit den finanziellen Mitteln wird sparsam umgegangen und die Stadt beschafft sich keinen Rolls Royce. Allerdings muss bedacht werden, dass diese Geräte schlussendlich vielleicht nicht genügen werden und eventuell noch mehr auf die Stadt zukommen könnte. Wichtig scheint der Fraktion SP/JUSO, dass das Projekt stadintern umgesetzt wird. Für die Projektumsetzung werden Mitarbeitende angestellt, die später die Pflege der Schul-IT übernehmen können. So können die Lehrpersonen entlastet werden. Bisher haben einige Lehrpersonen die IT an den Schulen selber eingeführt und auch deren Wartung übernommen. Das ist aber nicht ihr Auftrag. Der Bericht ist vollständig und gut lesbar. Die Projektplanung ist perfekt. Ich habe das Gefühl «es kommt gut».

Die Fraktion SP/JUSO wünscht und hofft, dass das Projekt genau wie geplant umgesetzt werden kann. Ihr sind aber drei Aspekte besonders wichtig:

1. Es werden über 4'000 Geräte und rund 500 Drucker angeschafft. Das ist ein immenser Aufwand. Diese Hardware wird teils unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Vor allem die Edelmetalle werden mit sehr prekären Methoden gewonnen. Die Fraktion SP/JUSO wünscht, dass in der Ausschreibung darauf geachtet wird, dass soweit möglich fair produzierte Geräte angeschafft werden. Ich weiss, dass das in der IT nicht einfach ist, denn es gibt noch keine entsprechenden Labels. Die Herkunft der Geräte kann nicht abschliessend überprüft werden. Trotzdem ist es sicher nicht zu viel verlangt, den Fokus bei der Ausschreibung klar auf diesen Aspekt zu legen.
2. Ebenso muss auf den Energieverbrauch der Geräte geachtet werden.
3. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Geräte reparierbar sein müssen, so dass sie über ihren Abschreibungszeitraum hinaus verwendet werden können.

Der Kanton verabschiedete Vorgaben und Lehrpläne, die jetzt in den Gemeinden umgesetzt werden müssen. Es ist ja nicht so, dass die Kinder bisher gar nichts gelernt hätten. Eigentlich finde ich es nicht nur schlecht, dass Biel etwas geschlafen hat, das hat auch etwas Sympathisches. Wenn die Schule nicht die richtigen Lehrmittel

anbieten kann, führt das jedoch zu einer Zweiklassenausbildung. Einige Kinder konnten sich zu Hause mit ihren Eltern und Geschwistern IT-Kenntnisse aneignen, andere werden abgehängt. Nun macht der Kanton Vorgaben, welche die Gemeinden alleine umsetzen müssen. Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat in solchen Fällen vermehrt auf einer Beteiligung des Kantons bestehen würde. Vor allem aber dürfen keine Steuersenkungen zugelassen werden, die solche Unterstützungen noch stärker erschweren. Ich hoffe für die Schulen und die IT, dass der Stadtrat das vorliegende Projekt genehmigt und dass es möglichst rasch umgesetzt werden kann.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der GPK-Sprecher und meine Vorrednerin haben bereits zahlreiche Argumente und relevante Fakten genannt. Ich verzichte daher auf ausführliche Wiederholungen. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist das Geschäft unbestritten. Wir anerkennen den Nutzen und die Notwendigkeit einer guten IT-Infrastruktur für die Schulen mit allem, was dazu gehört. Aus unserer Sicht handelt es sich vorliegend um eine Investition in die Bildung und damit in die zukünftige Gesellschaft. Es ist heute eine Notwendigkeit, den Umgang mit digitalen Medien zu beherrschen, um sich in der Schweizer Gesellschaft und in der Arbeitswelt zu bewegen und zu behaupten. Deshalb wird die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem Geschäft zustimmen.

Stocker Julien, Fraktion GLP: Einleitend möchte ich erwähnen, dass der Fraktion GLP sowohl die Bildung als auch die Digitalisierung sehr am Herzen liegen. Sie erachtet es als wichtig, dass die Schulkinder im Verlauf ihrer Ausbildung lernen, mit Computern zu arbeiten und sich mit Informatik und digitalen Medien auseinandersetzen. Trotzdem haben wir noch kritische Anmerkungen zum vorliegenden Geschäft. Da sich die Fraktion GLP für nachhaltige Finanzen einsetzt, waren wir erstaunt über die hohen Kosten. Wäre fortlaufend in die Digitalisierung der Schulen investiert worden und nicht erst auf Druck des neuen Lehrplans, müsste nun nicht so viel Geld auf einmal investiert werden. Bezüglich Endgerätebeschaffung fragten wir uns zudem, ob irgendwelche No-Name-Produkte nicht günstiger wären. Ausserdem möchten wir anregen, dass der Gemeinderat die Geräte direkt bei den Herstellern bezieht und aufgrund der hohen Anzahl einen Mengenrabatt aushandelt. Das grösste Problem sieht die Fraktion GLP jedoch nicht bei den Geräten, sondern bei der Projektleitung, die unseres Erachtens bei den Schulen angegliedert sein sollte. Damit würde sichergestellt, dass nicht nur Geräte angeschafft werden, sondern sich auch die Schulen verstärkt mit dem Projekt auseinandersetzen. Das Projekt steht und fällt mit der Motivation und Integration der Lehrerschaft. Wir hoffen, dass der Gemeinderat unsere Anmerkungen aufnimmt und stimmen dem Geschäft zu.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Bei der Fraktion Grüne führte das vorliegende Geschäft zu vielen Diskussionen. Für uns ist klar: mit der Einführung des Lehrplans 21 im letzten Sommer und der voranschreitenden Digitalisierung ist die Schulinformatik ein Muss. Eigentlich ist die Stadt bereits viel zu spät. Die Bieler Schulen stecken im Prinzip noch im digitalen Mittelalter. Die «Feudalherren und -damen», also die Schulleitungen, prüfen heute selber, was sie in ihrem «Lehn» brauchen oder wollen. An jeder Schule ist die Informatik-Infrastruktur je nach Kultur und Prioritätensetzung etwas anders. Für die heutigen Kinder und künftigen Erwachsenen ist es unumgänglich zu lernen, mit der Digitalisierung umzugehen und entsprechende Kompetenzen zu erwerben. Das betrifft

nicht nur den rein technischen Umgang mit dem Computer; diesen beherrschen die meisten bereits. Vielmehr geht es um medienpädagogische Aspekte.

Der Sprung vom digitalen Mittelalter ins Zeitalter 4.0 kostet die Stadt einiges. Die im Geschäft veranschlagten CHF 15 Mio. sind allerdings nachvollziehbar, da es um ein umfassendes Projekt geht. Es müssen nicht einfach nur Geräte angeschafft werden. Zu den Folgekosten stellen sich der Fraktion Grüne allerdings etliche Fragen. Dass solche Kosten anfallen, ist logisch. Wird das neue IT-System nicht gepflegt, muss es gar nicht erst eingeführt werden. Dass IT-Geräte alle vier bis fünf Jahre ersetzt werden müssen, ist leider eine Realität. Dazu möchte die Fraktion Grüne vom Gemeinderat wissen, ob er die Geräte anschliessend weiterhin stadintern zu verwenden gedenkt oder ob sie allenfalls an eine gemeinnützige Organisation gespendet werden könnten. Schon nur die vorgesehenen Investitionskosten sind kein Pappenstiel, gerade auch im Hinblick auf den nach wie vor bestehenden Investitionsstau. Trotzdem fragt sich die Fraktion Grüne, ob die im Geschäft angegebenen Folgekosten ausreichen werden, denn die Pflege der Schulinformatik ist insbesondere bezüglich Sicherheit sehr aufwändig. Zudem finden wir, dass die Anzahl Geräte pro Klasse – auch im Vergleich mit anderen Städten – zu knapp bemessen ist. Stehen zu wenig Geräte zur Verfügung, entsteht ein grosser Planungs- und Koordinationsaufwand für die Lehrkräfte und es braucht grosse Disziplin, die Geräte nach Gebrauch sofort wieder am richtigen Ort zu versorgen. Erfahrungsgemäss klappt das nicht immer. Die Fraktion Grüne verzichtet aber auf einen entsprechenden Antrag, in der Hoffnung, dass die Anzahl Geräte pro Klasse nochmals evaluiert wird. Ein wichtiges Argument für das vorliegende Geschäft ist für die Fraktion Grüne auch die Chancengleichheit: Mit der Einführung der Schulinformatik können die Bieler Schulen attraktiver werden und sich den Gegebenheiten anpassen. Das ist der Chancengleichheit dienlich. Digitalisierter Unterricht bedingt, dass die Kinder zu Hause Zugang zu einem Computer haben. Auch wenn das bei den meisten zutreffen mag, stellt sich doch die Frage, ob diese Erwartung tatsächlich legitim ist? Hat sich der Gemeinderat Gedanken dazu gemacht? Gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, dass die Hausaufgaben an einem Gerät in der Schule erledigt werden können? Wichtig ist auch, dass die Lehrkräfte an den anstehenden Kulturwandel herangeführt werden. Sie müssen bei der Einführung der neuen Schulinformatik unterstützt werden, und zwar nicht nur auf technischer Ebene. Sie brauchen eine Anleitung, wie sie die Computer sinnvoll in den Unterricht einbinden können. Die jüngeren Lehrkräfte wurden in der Ausbildung bereits entsprechend geschult, für die älteren dürfte es aber eine grössere Herausforderung darstellen, denn die Digitalisierung des Unterrichts entspricht einem Kulturwandel. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Fraktion Grüne im Zusammenhang mit der neuen Schulinformatik einige Herausforderungen auf die Stadt und die Bieler Schulen zukommen sieht. Trotzdem: lassen wir das digitale Mittelalter hinter uns und wagen den Schritt ins Zeitalter 4.0!

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Que dire après la longue et exhaustive tirade de Madame Frank par rapport à ce projet? Le Groupe PSR a lu le rapport du Conseil municipal attentivement, car ce sujet est primordial. Toutefois, ce projet est ambitieux par son coût, sa portée et également sa technologie. Le projet DiAna (digital/analog) nécessitera beaucoup de ressources humaines pour être bien mis en place. Mais il est nécessaire, car il s'inscrit non seulement dans une évolution de la société, mais également dans la stratégie de la formation et des programmes d'étude.

Il y a deux défis majeurs dans tout ce qui a été dit: le défi pédagogique et le défi technologique. Pour le Groupe PSR, la question pédagogique relève de la responsabilité des enseignant(e)s et de l'école, en fonction des choix qu'ils feront. Les membres du corps enseignant s'occuperont des thèmes didactiques et devront résoudre des problèmes de nature non technique. Par contre, la question technique échappe un peu à nos compétences de profanes. Pour notre groupe, il est important d'assurer la mise à disposition d'outils et d'un réseau performants ainsi que la protection des données. La maintenance des appareils informatiques va clairement engendrer des coûts, à terme. Vu l'urgence de ce projet, le Groupe PSR est persuadé que les départements responsables sauront faire face à ce défi, avec énormément de compétences.

Le Groupe PSR aimerait encore relever que la formation pédagogique du corps enseignant est essentielle et qu'elle lui apportera une plus-value. Les enseignant(e)s auront acquis des compétences transférables à d'autres contextes. Les nouvelles générations arrivent dans les écoles et, à très court terme, une bonne partie des enseignant(e)s vont partir en retraite. Ces jeunes ont déjà des outils qui permettront de mieux ancrer la culture du numérique, dans l'intérêt des élèves. Finalement, la formation du corps enseignant va aussi permettre une autonomie d'action dans toutes les écoles. Le Groupe PSR se réjouit de voir les résultats de l'introduction du numérique dans les écoles. Je me suis approchée de quelques enseignant(e)s, qui estiment que le numérique permettra au corps enseignant d'exploiter l'esprit critique des élèves. Tout l'aspect interactif est aussi une bonne chose pour les élèves. En effet, le projet DiAna permettra d'activer le travail de groupes des élèves. Actuellement, tout cela n'est pas possible avec le mode d'enseignement pratiqué. De plus, les élèves n'auront pas besoin d'avoir un appareil à la maison, car le partage et l'échange en classe vont être soutenus. Pour toutes ces raisons, le Groupe PSR ne peut que saluer ce grand projet.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! dankt dem Gemeinderat für seinen umfangreichen, informativen und detaillierten Bericht sowie allen an dessen Erarbeitung Beteiligten. Wer an der Informationsveranstaltung für den Stadtrat teilnahm, konnte die anzuschaffenden Geräte ausprobieren. Auf den Tablets konnte ein Quiz ausgefüllt werden. Das fand ich eine gute Erfahrung. Die Fraktion Einfach libres! wird das vorliegende Geschäft unterstützen. Obwohl ich aus der IT-Branche komme, bin ich gegenüber Informatikprojekten nicht unkritisch. Ich erwähnte bei anderer Gelegenheit bereits den «altmodischen Digitalwahn» oder das Buch «Digitale Demenz». Ich bin also sehr wohl kritisch. Vorliegend geht es aber um etwas Anderes, etwas Nötiges und Dringendes. Die Dringlichkeit ergibt sich nicht nur aus dem Lehrplan 21, der digitalen Unterricht fordert. Die Vereinheitlichung der Schulinformatik hin zu einem zeitgemässen, verlässlichen und sicheren Informatiksystem ist nötig und steht schon lange an, ansonsten sind die Schulen immer nur am Basteln und Koordinieren. Zusätzlich ist es erfreulich, dass die Schulinformatik an die städtische IT angebunden werden soll. Damit verringern sich die abhängigkeitsbedingten Anpassungen und Kosten. Die Stadt behält den Überblick und kann die IT selber steuern. Das Projekt hat einen stolzen Preis. Aber Informatik ist nie günstig, ausser sie ist nicht gut oder nicht sicher. Die Schulinformatik ist nötig und die vorgeschlagene Lösung scheint der Fraktion Einfach libres! vernünftig. Investitionen in die Bildung sind wichtig. Deshalb kann die Stadt auch stolz darauf sein, eine so hohe

Summe dafür zu investieren. Wieder einmal muss aber der Kanton gerügt werden. Es wurde bereits erwähnt, dass die Anforderungen an die Schulinformatik auch aufgrund des neuen Lehrplans 21 steigen. Trotzdem beteiligt sich der Kanton nicht an den daraus entstehenden Kosten. Irgendeinmal müssten auch solche Zusammenhänge angegangen werden. Zu guter Letzt fragten sich einige meiner FraktionskollegInnen spasseshalber, ob im Projektnamen «*DiAna*» vielleicht ein «i» zuviel sei?

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt das vorliegende Geschäft ebenfalls. Es ist wichtig, dass dieses Projekt jetzt umgesetzt wird. Die Lehrmittelbeschaffung ist Sache der Gemeinden. Die mit dem vorliegenden Geschäft neu anzuschaffenden Informatikgeräte sind als Lehrmittel einzustufen und müssen deshalb von der Stadt finanziert werden. Bereits bei der Umstellung auf das neue Französischlehrmittel vor ein paar Jahren kostete dieses plötzlich viel mehr als das alte. Das ist halt einfach so. Wichtig scheint mir, dass mit dem Lehrplan 21 die Hausaufgaben drastisch reduziert wurden. Das ist gerade in Biel, wo die soziale Herkunft der Schulkinder sehr heterogen ist, ein wichtiger Aspekt. Viele Kinder nutzen zu Hause Informatikgeräte zum Spielen oder Filme schauen, aber nicht zum Lernen. Deshalb ist es wichtig, dass die Schule eigene Geräte hat und diese schulisch nutzt. Die Lehrkräfte beginnen nicht bei Null. Es ist auch nicht so, dass jetzt alle auf einmal geschult werden müssten. Das neue Schulfach «Medien und Informatik» wurde in den Lehrerfortbildungen zum Lehrplan 21 sowie bei den Schulleitungen immer wieder thematisiert. Auch im Zusammenhang mit dem neuen Französischlehrmittel werden verschiedentlich Informatikmittel eingesetzt. Bisher setzten die Bieler Schulen Informatikmittel sehr unterschiedlich ein. Ich bin überzeugt, dass sie die neue Infrastruktur angemessen nutzen werden. Letztlich kommt es auf die Lehrkräfte an, die ihren Lehrauftrag umsetzen müssen, die Kinder ans selbstständige Lernen heranzuführen. Ich vertraue darauf, dass das gelingen wird.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Comme les langues et les mathématiques, la maîtrise des outils informatiques est une connaissance de base, nécessaire pour évoluer dans le monde professionnel. Les plans d'études (Lehrplan 21 et Plan d'études romand PER) prévoient l'enseignement intégré avec le soutien de ces outils. Grâce au projet DiAna, la Ville de Bienne pourra remplir ses devoirs. Le dimensionnement a l'air plus modeste que dans d'autres ville. Malheureusement, avec la configuration des locaux scolaires, il faudra augmenter le nombre d'imprimantes ainsi que d'autres équipements informatiques. Par contre, le total des coûts est effrayant: 14'719'644 fr. pour le projet et 3'385'518 fr. pour les frais induits annuels. Il s'agit d'un montant très important pour le budget de notre Ville. Je ne connais pas la situation de la formation des enseignant(e) alémaniques, mais chez les romands, la Haute Ecole Pédagogique (HEP) n'est pas totalement prête dans ce domaine, et les nouveaux et nouvelles enseignant(e)s en étude ne sont pas forcément formé(e)s à ce nouveau domaine. Les capacités à la formation continue sont également réduites. Le Conseil municipal considère-t-il que les conditions-cadres sont remplies pour débiter ce projet? Il est toujours plus facile d'acheter du matériel que d'avoir des enseignant(e)s réellement efficaces dans le domaine informatique.

Les aspects de la sécurité d'exploitation n'ont pas tous l'air d'être totalement réglés. Les équipements informatiques – et surtout les ordinateurs portables – suscitent l'intérêt des élèves, mais augmentent aussi celui des «visiteurs indésirables» qui

travaillent le soir et le week-end ou pendant les vacances. Je parle, bien sûr, des bandes organisées qui pourraient entrer par effraction dans les écoles et mettre la main sur des milliers de francs. Après renseignements, la Direction de la formation est consciente des problèmes sans avoir encore une solution concrète. Les coûts de cette sécurité ne sont pas pas encore estimés et compris dans ce projet. Ce n'est pas grave à ce stade, mais il s'agit d'en être conscient. Comme déjà évoqué, le choix des tablettes est, paraît-il, justifié. Un amortissement sur cinq ans ne semble pas réaliste en constatant à quelle vitesse les changements s'effectuent. Ne faudrait-il pas choisir un matériel meilleur marché permettant un renouvellement plus fréquent? Le Groupe PRR soutient ce projet dont la nécessité est indiscutable, mais il s'agira de le mettre en œuvre en considérant les points cités ci-dessus.

Wiher Max, GLP: Mir fielen im vorliegenden Bericht zwei Aspekte auf. Dass erstens heute CHF 15 Mio. aufs Mal in die Schulinformatik investiert werden müssen, ist für mich ein Blick in die Vergangenheit. Das kann nur passieren, wenn man nicht ständig dranbleibt. Für mich ist das ein ähnliches Problem wie bei den städtischen Immobilien. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen... Es handelt sich um einen Investitionsstau, der nun ausgelöffelt werden muss. Das ist nötig, aber nicht schön. Und zweitens wird gesagt, dass die Lebensdauer der Computer nur fünf Jahre betrage. Das finde ich etwas knapp. Vor mir steht ein «lebendiges» Beispiel eines Computers, der sage und schreibe zehn Jahre alt ist und noch immer hervorragend funktioniert. Ich gehe davon aus, dass er mir noch zwei bis fünf Jahre erhalten bleibt und dann immer noch läuft. Gemessen an den Angaben im Bericht wäre das dann die dreifache Lebensdauer.

Steidle Silvia, directrice des finances: L'extension de l'informatique scolaire à Bienne est nécessaire, urgente et voulue par le Conseil municipal. Ceci afin que les élèves et le corps enseignant biennois reçoivent des outils informatiques qui correspondent aux exigences des plans d'études germanophones et francophones. Le présent projet qui répond au doux nom de DiAna, chère Dana, répond bien à ces besoins, et le Conseil municipal l'assume complètement. Je laisserai Monsieur Némitz répondre aux questions liées à la formation. Je devrais presque lui passer la parole en premier étant donné que la Direction des finances n'est, par le biais de son service informatique, que le technicien de ce projet.

Cette affaire est bien celle des écoles, Monsieur Scherrer. Ce projet a été élaboré en collaboration avec les directions d'écoles, et il va être utilisé par ces mêmes écoles. Le porte-parole de la Commission de gestion (CDG) a demandé si la Ville de Bienne était en retard par rapport aux autres villes suisses. La réponse doit être nuancée. Certaines écoles biennoises sont équipées, d'autres ne le sont pas. Le but de ce projet est de mettre à disposition un équipement informatique unique pour toutes les écoles biennoises. Cette solution sécurisera l'exploitation du matériel et offrira des conditions identiques à toutes les écoles.

Monsieur Wiher, vous recommandez de travailler avec des appareils qui ont déjà été utilisés. Cette solution a été étudiée, mais elle amènerait à avoir des appareils différents et entraînerait finalement des coûts supplémentaires. Les travaux préparatoires au projet DiAna ont commencé au printemps 2017. En étroite collaboration, des personnes issues des écoles, du Département Informatique & Logistique ainsi que du Département École & Sport ont recensé les exigences des

écoles, afin d'évaluer des variantes possibles de mise en oeuvre techniques les coûts requis à cet effet. Les achats seront réalisés conformément à la loi sur les marchés publics. Les imprimantes, Monsieur Scherrer, font déjà l'objet d'un appel d'offres OMC (Organisation mondiale du commerce). Il ne serait donc pas pertinent de résilier des contrats en cours en ce moment.

Madame Clauss, les produits sont toujours achetés en regardant que la notion de production équitable soit mentionnée dans les appels d'offres. C'est un des critères de base, avec celui de la faible consommation d'énergie, car nous veillons à acquérir des appareils qui utilisent peu d'énergie. Les coûts du projet sont un «stolzer Betrag», comme vous l'avez fait remarquer, Madame Augsburger-Brom, mais comme je l'ai dit, le Conseil municipal assume ces coûts. Cet investissement est prioritaire pour le Conseil municipal, et il est mis en place pour l'avenir de nos enfants. Je passe la parole à Monsieur Némitz, qui va vous parler de cet avenir.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je trouve que le Conseil de ville est parfaitement au courant et conscient des enjeux de cette affaire. La matière est parfaitement comprise et maîtrisée. Je l'ai constaté dans les différentes interventions faites, sans parler de la parfaite maîtrise de cette affaire par notre Directrice des finances. Je m'en tiendrai donc à rappeler quelques éléments simples. Notre devoir est de préparer et de mettre en place la société digitale. Il faut surtout aider les élèves biennois, quel que soit leurs origines, leurs âges ou leur situation familiale, à entrer dans cette société et à y prendre leur place. La priorité unique est pédagogique, et ce projet n'a de sens que si l'informatique peut être utilisée pour la pédagogie. Le seul but est d'améliorer la qualité de nos écoles et, pour ce faire, des groupes de travail oeuvrent dans les écoles depuis de nombreuses années. Ils ont préparé et construit ce projet et vont continuer à l'accompagner avec des programmes de développement des écoles. L'intérêt de ce projet est de permettre à chaque corps de métiers d'assumer ses responsabilités. Le corps enseignant a trop longtemps enseigné l'informatique avec des supports informatiques insuffisants. Le «lead» de ce nouveau projet est assumé par la Direction de la formation, de la culture et du sport avec les directions responsables des entités scolaires, mais toujours en forte collaboration avec le Département Informatique & Logistique, qui est un partenaire efficace et très engagé. Donc, je pense que la mise en route de ce projet fonctionne et qu'un bon équilibre a été trouvé. Je vous remercie pour votre soutien à ce projet.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: La parole n'est plus demandée, nous allons donc procéder au vote. Da sich auch zu diesem Geschäft keine Gegnerschaft manifestiert hat, schlage ich wie beim vorhergehenden Geschäft vor, dass in der Botschaft keine Argumente der Gegnerschaft aufgeführt werden und das Ratssekretariat die redaktionelle Anpassung entsprechend vornimmt.

Ich stelle fest, dass dieses Vorgehen nicht bestritten wird.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 betreffend «Projekt neue Schulinformatik – DiAna (Digital/Analog)» gestützt auf Art. 11 Abs. 1 Bst. a in Verbindung mit Art. 40,

Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), mit **54 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen:**

I. Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Biel wird der folgende Gemeindebeschlussesentwurf zur Annahme empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 2021. März 2019 betreffend «Projekt Schulinformatik – DiAna» gestützt auf Art. 11 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt Schulinformatik – DiAna wird der Verpflichtungskredit Nr. 280100862 in der Höhe von CHF 14'719'645.– bewilligt.
2. Teurungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen, welche den Gesamtcharakter des Projekts nicht verändern, vorzunehmen. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

II. Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Es liegen keine Anträge für die Dringlicherklärung von Vorstössen vor. Ich schlage vor, dass wir nun Pause machen. Nach der Pause werde ich die Redezeit beschränken.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr - 21.00 Uhr

29. 20190023 Klassenorganisation für das Schuljahr 2019/2020

Frank Lena, GPK: Die GPK diskutierte wie jedes Jahr über die Klassengrössen. Sie sind eher hoch, zumal noch nicht klar ist, wie sich die Klassen im August genau zusammensetzen werden. Die GPK erinnert aber daran, dass im Rahmen der Diskussionen zur nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) eine Erhöhung der Klassengrössen um ein Kind beschlossen wurde. Dieser Entscheid wird nun umgesetzt. Lobend möchte die GPK erwähnen, dass darauf geachtet wird, dass die Kinder während ihrer gesamten Schullaufbahn im gleichen Klassenverbund bleiben können. Die GPK empfiehlt das vorliegende Geschäft zur Annahme.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts remercie le Conseil municipal de ce rapport qu'il va, bien entendu, soutenir. Toutefois, une question reste en suspens concernant les commissions scolaires. Elles ont approuvé, lors de leurs séances des 7 et 8 janvier 2019, les propositions faites par le Département Écoles & Sport. Mais est-ce que les inscriptions aux jardins d'enfants ont été pris en compte, étant donné qu'elles sont possibles jusqu'à fin janvier?

Helbling Beatrice, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kann dem Bericht des Gemeinderats zustimmen. Auf elf Seiten wird die

Klassenorganisation detailliert beschrieben. Dem Bericht liegt auch eine Tabelle über die Nutzung des Schulraums bei. Die Stadt ist bereit, jetzt können die Schulkinder kommen!

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR salue le travail important et fastidieux effectué chaque année par le Département Écoles & Sport pour gérer le casse-tête de la répartition des classes. Nous saluons les cinq ouvertures de classes au lieu des sept envisagées dans le budget 2020. Cela démontre le soin avec lequel on tient compte du nombre d'élèves, de la continuité des trains de classes et des exigences du paquet d'économies NHS en ce qui concerne le nombre d'élèves par classe. Le Groupe PRR est aussi rassuré par le fait que, comme ces dernières années, la planification des locaux scolaires a été réalisée de manière conséquente. À ce propos, nous réitérons notre préoccupation quant à la situation malheureusement encore provisoire au Collège de la rue des Alpes et appuyons les efforts de la Ville de Bienne afin de trouver une solution pérenne. Le Groupe PRR soutient également cette affaire et vous demande d'accepter l'ouverture des cinq classes proposées.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Wieder ist eine Zunahme von Klassen zu verzeichnen, es braucht fünf zusätzliche Schulklassen. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die Schaffung dieser neuen Klassen. Sie fragt sich sogar, ob nicht noch zusätzlich eine französischsprachige Kindergartenklasse eröffnet werden sollte. In den französischsprachigen Kindergärten werden 100 Kinder mehr erwartet als im Vorjahr. Eigentlich sollte eine Kindergartenklasse nicht mehr als 18 Kinder umfassen. 100 geteilt durch 18 gibt fünfeinhalb Klassen statt der geplanten vier. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, dass die Klassenstabilität beibehalten wird. Trotzdem darf die Frage nach einer zusätzlichen Klasse gestellt werden. Welches Stadtratsmitglied würde sich zutrauen, einen Morgen lang 18 vier- bis sechsjährige Kinder nicht nur zu betreuen, sondern ihnen auch noch etwas beizubringen? Es geht um kleine Kinder, die zum Teil noch Windeln tragen. Mit 18 Kindern ist die Obergrenze eigentlich bereits überschritten. Erfreulich ist hingegen, dass die Stadt über genügend Schulraum verfügt. Ich möchte vom Gemeinderat jedoch wissen, ob der Kanton bereits zugesagt hat, weiterhin Klassen am ehemaligen Gymnasium Alpenstrasse unterzubringen. Gibt es schon Pläne für weiteren Schulraum in den kommenden Schuljahren?

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Je prends uniquement la parole pour remercier le Département Écoles & Sport qui a préparé ce dossier et le Conseil municipal pour la qualité et les explications du rapport. Il est rare de trouver des rapports qui donnent des explications si complètes. La répartition des classes est pertinente et elle répond à l'évolution du nombre d'élèves dans les écoles. Toutefois, il faut être attentif à l'évolution du nombre d'élèves par classe dans les écoles enfantines. Étant donné que ces degrés sont très sensibles, le Groupe PSR pense qu'il est important de maîtriser l'augmentation des effectifs moyens dans les classes enfantines. Au degré primaire, les effectifs sont également en légère augmentation et il s'agit également d'un domaine particulièrement sensible comme celui du degré secondaire I. La volatilité et la gestion de ces données semblent être un exercice très périlleux: arrivées, départs, déménagements, passages du primaire au secondaire, programmes sport/études. Le Groupe PSR salue et soutient la proposition du Conseil municipal.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Le nombre d'élèves continue d'augmenter, année après année. Il est donc difficile de tirer des règles générales à partir d'une année précise. Par contre, la bonne nouvelle est que les planifications effectuées par le Département Écoles & Sport sont assez fiables. Il n'y a donc que peu de surprise entre les prévisions réalisées en automne et la rentrée scolaire suivante. La Commission de gestion (CDG), qui reçoit le décompte final des classes effectivement ouvertes, peut en témoigner. Ce n'est pas une science parfaite, mais cela me permet de donner quelques précisions à propos de la procédure. Le dossier est préparé dans le courant du mois de décembre. Ensuite, la Commission scolaire en prend connaissance au mois de janvier et les inscriptions ont lieu à la fin du mois de janvier. Les chiffres actuels ne sont déjà plus identiques à ceux édités dans le rapport. Les procédures parlementaires ainsi que les décisions, y compris au niveau du Canton, se produisent en parallèle avec le développement de l'organisation des classes. Pour l'instant, je peux vous assurer que la situation est sous contrôle et que le dossier que vous avez sur les tables est valable. Il est donc prévu d'ouvrir cinq nouvelles classes, comme annoncé par le rapport. Il est vrai que les moyennes du nombre d'élèves sont élevées, mais elles restent raisonnables (18 pour l'école enfantine, 20 pour le cycle primaire et un peu plus haute pour le cycle secondaire I). Ces moyennes permettent de garantir de bonnes conditions de travail dans les écoles biennoises. Les fluctuations existent, Monsieur Steinmann. Je vous rassure, à l'heure où je vous parle, la moyenne des écoles enfantines francophones est passée en dessous de 18, mais peut-être que cela va évoluer encore jusqu'à l'été.

Je vous remercie de garder à l'esprit l'enjeu important du bâtiment de la rue des Alpes. Le Conseil municipal est très engagé sur ce dossier afin d'arriver à faire bouger le Canton. Ce dernier a de la peine à prendre les décisions que nous attendons, et nous avons donné le signal clair que la Ville de Bienne est prête à acheter ce bâtiment. Toutefois, le Canton traîne les pieds, si j'ose le dire, car il souhaite vérifier ses propres besoins avant de prendre une décision. Nous avons des solutions pour l'été prochain pour l'ensemble des entités scolaires. La préoccupation est que tous les locaux disponibles soient remplis avec la création de nouveaux jardins d'enfants. De nouveaux locaux doivent être également trouvés pour l'année prochaine. Les annonces immobilières sont scrutées, même le week-end, afin de voir s'il n'y aurait pas moyen d'implanter de nouveaux locaux scolaires dans une partie ou l'autre de la Ville. Cette semaine, une bonne solution a, semble-t-il, été trouvée dans une ancienne usine. Des démarches ont été entamées plus d'une année à l'avance, afin de trouver une solution pour la rentrée scolaire.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. Januar 2019 betreffend Klassenorganisation für das Schuljahr 2019/2020 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Anzahl Klassen wird im Schuljahr 2019/2020 wie folgt geändert:
 - 1.1. Auf der deutschsprachigen Kindergartenstufe werden zwei Kindergartenklassen geschlossen.

- 1.2. Auf der französischsprachigen Kindergartenstufe werden vier Kindergartenklassen eröffnet.
- 1.3. Auf der deutschsprachigen Primarstufe werden drei zusätzliche Klassen eröffnet.
- 1.4. Auf der französischsprachigen Primarstufe wird in der Summe eine Klasse geschlossen.
- 1.5. Auf der französischsprachigen Sekundarstufe wird eine zusätzliche Klasse eröffnet.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, im Fall von erheblichen Veränderungen die entsprechenden Beschlüsse betreffend Anzahl Klassen zu fassen und dem Stadtrat im Hinblick auf die formelle Genehmigung allfälliger Änderungen Bericht zu erstatten.

30. 20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023/ Verpflichtungskredit / Botschaft

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion (CDG) a examiné cette affaire avec tout le soin qu'elle exige et nous avons plusieurs remarques à faire. Nous rappelons que la Ville de Bienne conclut avec les institutions culturelles des contrats de prestations pour une durée de quatre ans. La prochaine période contractuelle s'étend de 2020 à 2023. Les avantages sont certains pour la Ville, mais aussi pour les institutions culturelles. Les conditions d'autofinancement sont fixées, ce qui permet à la Ville de contrôler que l'institution fonctionne comme prévu. Des prestations doivent être fournies et elles sont contrôlées chaque année et en fin de période contractuelle. Un point important à souligner, avant que le débat commence, est que cette affaire ne concerne que les contrats de prestations et pas les autres dépenses de la culture. Pour les contrats de prestations, la Ville subventionne deux types d'institutions culturelles. Les contrats conclus avec les institutions régionales impliquent un partenariat financier entre la Ville de Bienne, le syndicat de communes pour la culture Bienne-Seeland-Jura bernois (BSJB Culture) et le Canton de Berne. Les contrats avec les institutions d'importance locale relèvent de la compétence seule de la Ville de Bienne.

Dès 2020, la part de la Ville de Bienne au financement annuel des neuf institutions culturelles d'importance régionale s'élèvera à 8'485'700 fr. au total par an, contre 8'300'700 fr. en 2016-2019. Le montant de cette augmentation est destiné au Théâtre de la Grenouille et au Festival du film français d'Helvétie (FFFH). Les autres institutions d'importance régionale recevront un montant inchangé par rapport à la dernière période. Concernant les institutions locales, il y a 18 renouvellements de contrats dont 7 avec des augmentations et 4 nouvelles institutions locales qui bénéficieraient d'un contrat de prestations.

Durant la période 2016-2019, vingt institutions d'importance locale bénéficient d'un contrat de prestations. Lors de la candidature pour la période 2020-2023, onze des institutions locales ont sollicité des augmentations de leurs soutiens et six nouvelles

organisations ont déposé des candidatures à l'obtention d'un contrat. L'évaluation des candidatures a porté sur l'apport des institutions à la diversité de l'offre, la qualité de leur organisation et leur potentiel de développement. Suite à cette évaluation, le Conseil municipal a validé plusieurs adaptations des contributions attribuées aux institutions déjà soutenues. Il a également validé la conclusion de contrats de prestations avec quatre nouvelles institutions: le Centre de concerts et de culture Le Singe, Le festival PlusQ'île, le Centre autonome de jeunesse La Coupole et les Bourgkonzerte. Dès 2020, le montant total des contributions annuelles de la Ville de Bienne pour les institutions locales s'élèvera à 848'200 fr., contre 671'100 fr. en 2016-2019.

La CDG tient aussi à rappeler qu'il est dans l'intérêt de la Ville de Bienne d'avoir des contrats de prestations avec les institutions au lieu d'attribuer des montants uniques, ceci dans le but d'avoir un contrôle sur l'utilisation des subventions et la fourniture des prestations. La CDG souligne également que les augmentations présentées n'entraînent pas une augmentation du budget de la culture. La CDG soutient la proposition du Conseil municipal comme présentée dans le rapport.

Rückweisungsantrag

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a pris connaissance du rapport du Conseil municipal. En analysant les chiffres, je ne vous cache pas que j'ai eu un peu froid dans le dos. La culture est, aux yeux de la droite bourgeoise, importante pour notre Ville. Nous accordons les moyens pour avoir une bonne culture, mais il faut pouvoir l'assumer et donc la financer. Notre groupe s'oppose aucunement à la culture si elle est réfléchie et coordonnée. Le budget culturel restera toujours un point important, mais surtout aussi un point de discorde au niveau d'une commune. Nous constatons que presque 70% des 8'485'700 fr. prévus pour les institutions d'importance régionale sont attribués uniquement à deux institutions. Ces deux institutions ne présentent, en plus, que très peu de fonds de financement propre: 23% pour le Théâtre et Orchestre Bienne Soleure (TOBS) et 12% pour la Bibliothèque de la Ville de Bienne. Si ces deux institutions étaient un peu mieux autofinancées, cela donnerait la possibilité d'investir l'argent dans de plus petites institutions culturelles qui en ont besoin et qui font aussi la richesse culturelle de notre Ville. Lors des débats relatifs au paquet d'économies NHS, il a été intensément discuté et conclu que tout le monde devrait contribuer à l'assainissement financier de la Ville de Bienne. Dans l'intervalle, la hausse d'impôts a été mise en œuvre et des mesures d'économies devaient également être prises. Le financement des contrats de prestations des institutions culturelles présenté, ce soir, est en complète contradiction avec ce qui avait été décidé. C'est pour cette raison, que **le Groupe UDC/Les Confédérés demande le renvoi de cette affaire**, afin que le crédit d'engagement en faveur des contrats de prestations pour les institutions culturelles pour la période 2020-2023 soit réexaminé pour correspondre au crédit accordé pour la période 2016-2019.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir diskutieren jetzt nur über den Rückweisungsantrag.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Auch die Fraktion FDP ist nur mässig zufrieden mit dem vorliegenden Geschäft. Die formellen Fehler im Beschlussesentwurf können noch korrigiert werden. Die Fraktion FDP ist aber auch hinsichtlich der Finanzen unzufrieden. Einzelne ihrer Mitglieder haben durchaus Verständnis für den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Es ist aber fraglich, ob das der richtige Weg ist. Wie ich den Antrag verstehe, soll nicht das ganze Geschäft zurückgewiesen werden, sondern nur die Leistungsverträge, die einen höheren Betrag als in den Jahren 2016-2019 ausweisen. Das betrifft aber auch Leistungsverträge, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen. Aus meiner Sicht führt das zu einem rechtlichen Hickhack. Die Unterstützung der Fraktion FDP für diesen Rückweisungsantrag hängt vom Votum des Direktors Bildung, Kultur und Sport ab. Mit den vorgeschlagenen Leistungsverträgen würden die Ausgaben um CHF 377'000 steigen, verteilt auf CHF 185'000 für die regionalen Kulturinstitutionen, CHF 15'000 für die Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung und CHF 177'000 für die lokalen Kulturinstitutionen. Bisher blieb unerwähnt, dass die vier neu zu unterstützenden Institutionen bereits bis anhin Subventionen erhielten. Auf meine Anfrage wurde mir mitgeteilt, pro Jahr habe das Le Singe bisher CHF 50'000 erhalten, der Chessu CHF 10'000 für Kulturprogramme, das Festival PlusQ'lle CHF 20'000 und die Bourgkonzerte CHF 6'000. Insgesamt waren dafür im Budget also CHF 86'000 eingestellt. Es stellt sich nun die Frage, ob der Gemeinderat bereit ist, diesen Betrag im Budget einzusparen. Wie mir gesagt wurde, läuft der Budgetprozess noch und der Gemeinderat hat noch nicht abschliessend über das Budget beraten. Wie stellt sich der Direktor Bildung, Kultur und Sport dazu?

Günther Muriel, Fraktion SP/JUSO: Ich finde es ziemlich kleinlich von der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, bei der Kultur über CHF 300'000 diskutieren zu wollen. Schliesslich hat ihre Mutterpartei, die SVP, im vergangenen November die Ja-Parole für die kantonale Unternehmenssteuerreform gefasst, mit welcher die Stadt Biel jährlich über CHF 5 Mio. verloren hätte. Jetzt sind ihr für so etwas Grundlegendes und für die Menschen Wichtiges wie Kultur CHF 300'000 zu viel. Das finde ich nicht korrekt.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Die Leistungsverträge wurden letztmals vor vier Jahren behandelt. Seither ist einiges passiert. Die Einwohnerzahl von Biel nahm um rund 2'000 Personen zu, was einer Steigerung von etwa 4% entspricht. Im Gegenzug sollen die Beiträge an die regionalen und lokalen Kulturinstitutionen um 2,4% steigen. Diese Erhöhung ist also völlig verhältnismässig, ja eigentlich sogar zu gering. Auch das Steuersubstrat stieg in den letzten vier Jahren an. Offenbar sind der Fraktion SVP/Die Eidgenossen die kleinen Kulturinstitutionen wichtiger als die grossen. Auch der Fraktion Grüne sind die kleinen Kulturinstitutionen wichtig, aber es braucht eben auch die grossen, denn diese strahlen als Leuchttürme über Biel hinaus. Dank den grossen Kulturinstitutionen bleibt die Stadt attraktiv und zieht neue Einwohnende an. Deshalb ist die Fraktion Grüne ganz klar gegen den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR s'oppose également à la proposition du groupe UDC/Les Confédérés. À nos yeux, une augmentation de 2,4% à 2,6 % des montants attribués aux institutions culturelles ne correspond pas à une augmentation réelle, mais plutôt à un réajustement. Que diriez-vous si la masse salariale de votre entreprise stagnait depuis 2009? Il ne s'agit pas d'une stagnation

mais d'un recul du pouvoir d'achat. C'est tout à fait ce qui se passe, en ce moment, au niveau de la culture. Monsieur Bohnenblust, si un transfert du TOBS est effectué, il s'agira malheureusement d'attribuer moins d'argent aux institutions culturelles locales.

Waechter Olivier, UDC: On voit très clairement une séparation gauche-droite au sujet des institutions culturelles. L'objectif est de trouver une solution raisonnable pour les contrats de prestations avec les institutions culturelles. Pour cette raison, je compte sur le camp bourgeois et celui du centre.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Le Conseil municipal vous propose un projet de réajustement et de renouvellement des contrats de prestations en faveur des institutions culturelles qu'il estime raisonnable. De l'avis du Conseil municipal, il s'agit d'une augmentation modérée qui peut être considérée comme une mise à niveau entre 2009 et 2019. La culture représente 3,7% du budget, alors que la population a augmenté de plus de 10%. J'ai aussi constaté que les entrées fiscales des personnes physiques ont augmenté de plus de 10%. Cela veut dire que les contribuables biennois ont payé 10% de plus d'impôts. Ce n'est pas le cas des entreprises! La Directrice des finances va se prononcer tout à l'heure sur toutes les réflexions financières.

J'ai noté que Monsieur Widmer a eu froid dans le dos en constatant les chiffres. Pour ma part, j'ai froid dans le dos chaque année en voyant le budget de la formation qui oblige le Conseil municipal à assumer des augmentations qui se chiffrent en millions de francs. C'est donc au fond assez sain que le Directeur de la formation soit aussi celui de la culture. Si tous les postes du budget augmentent, il faut parfois aussi que le budget de la culture puisse évoluer. Ce n'est pas un luxe, mais une tâche importante pour l'attractivité d'une ville. La contribution de la culture à la vie sociale est quelque chose que vous ne souhaitez pas remettre en question, si je me base sur les différentes interventions de ce soir, et cela me réjouit. Il faut souligner que pour peu d'argent investi, la Ville de Bienne récolte beaucoup de satisfaction grâce à l'engagement des institutions culturelles. Je vous rappelle que conformément à l'engagement pris par le Conseil municipal, le financement des contrats de prestations du TOBS et de la Bibliothèque de la Ville est plafonné. La contribution actuelle est identique à celle d'il y a quatre ans. Cela signifie que durant huit ans, ces institutions n'auront pas de variation de soutien et garderont les mêmes moyens financiers. Une diminution de ces financements mettrait très clairement ces institutions en péril. La part de la Ville de Bienne pour le TOBS s'élève à 3'9992'729 fr. par année, et sur cette somme, environ 700'000 fr. reviennent directement dans la poche de la Ville, grâce aux différents loyers. 40 collaborateurs et collaboratrices du TOBS habitent en Ville de Bienne et payent des impôts. Je n'insiste pas sur le fait que l'argent investi dans la culture représente aussi des sommes investis dans l'économie.

Qu'allons-nous faire, Monsieur Bohnenblust, avec le processus budgétaire? Il y a effectivement des institutions financées aujourd'hui par des «Einzelbeträge» et par les contributions pour les manifestations qui seront, à l'avenir, financées par le biais d'un contrat de prestations. Le Conseil municipal n'a pas encore décidé comment le budget 2020 de la culture sera établi. Je ne peux donc pas vous donner de réponse à ce sujet, et vous savez bien que lorsque les Conseillers et Conseillères municipaux parlent à

cette tribune, ils et elles s'expriment au nom du Conseil municipal et pas en leur nom personnel. C'est pourquoi mon avis personnel, à ce stade, ne doit pas vous intéresser.

Steidle Silvia, directrice des finances: Le Directeur de la culture parle de finances, donc je parlerai de culture! Quel est le propos ce soir, les finances ou le budget? Madame Günther, est-ce la fiscalité et l'AVS ou bien la culture? J'aimerais vous entendre au sujet de la culture, bien entendu. Soyons raisonnables, parlons bon sens, Monsieur Widmer. La Ville de Bienne, a-t-elle un problème de finances, et la culture va-t-elle sauver les finances de la Ville de Bienne? Voilà les deux questions. Sur la question de savoir si la Ville a un problème de finances, je ne vous en dirai pas plus ce soir. Je vous invite à recevoir les informations, la semaine prochaine, en ce qui concerne les comptes 2018. Je peux vous dire, d'ores et déjà, que l'assainissement des finances a porté ses fruits. Dans la logique de cet assainissement, aucun des postes de la culture n'a fait l'objet de mesures d'économie. Le peuple a dit très clairement qu'il ne voulait pas économiser ni pour le TOBS, ni pour la Bibliothèque ou le Nouveau Musée Bienne (NMB). Le Peuple a dit qu'en temps de crise, la culture n'est pas moins nécessaire, mais au contraire indispensable. Le Conseil municipal a donc pris d'autres mesures afin d'assainir les finances de la Ville, et seulement des petits montants d'adaptation sont proposés aujourd'hui. Je peux vous inviter, avec votre bon sens, à suivre les propositions du Conseil municipal.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je me suis peut-être mal exprimé ou j'ai mal été compris. Je le répète, pour le Groupe UDC/Les Confédérés, la culture est importante. Je demande uniquement d'ouvrir les yeux et de dire: plafonnons les dépenses! Peu importe de savoir quelle institution culturelle reçoit de l'argent de la Ville. Il faut simplement respecter le budget. Lorsque j'étais enfant, j'ai appris à mettre mes petits sous dans ma tirelire, afin d'avoir assez d'argent pour m'acheter ce que je voulais. Alors pourquoi, tout à coup et sans raison, on décide de dépenser plus d'argent et de s'offrir plus de culture? Je comprends qu'il ne s'agit pas de grands montants, mais pourquoi, dès que l'on a un peu d'argent, il faut en dépenser plus? Je ne suis pas contre le TOBS, mais je considère que son taux d'autofinancement est insuffisant. Il faut chercher d'autres pistes et plafonner les dépenses. Lorsque je prépare le budget marketing de mon entreprise, je ne vais pas prévoir plus que ce que je peux! Je pense que j'ai été mal compris. La Ville de Bienne ne peut pas tout le temps tout se permettre. Si le résultat des comptes 2018 paraît positif, Madame Steidle, je ne peux m'empêcher de dire que c'est souvent de la poudre aux yeux.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je crois que nous vous avons très bien compris, Monsieur Widmer. Toutefois, pour le Conseil municipal, il n'y a aucune raison de plafonner le budget de la culture et c'est là que réside notre divergence d'opinion. Etant donné que la culture est une tâche importante et fondamentale de la collectivité publique, le budget de la culture est donc aussi appelé à progresser comme les autres budgets, et encore plus si la population augmente. La question est uniquement de savoir s'il s'agit d'une augmentation raisonnable ou non.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Allgemeine Diskussion

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Nous, ici à Bienne, la culture nous renforce. Kultur macht uns in Biel stark. Biel zeichnet sich aus durch gegenseitige Akzeptanz, Respekt, Toleranz und durch Diversität, die schweizweit bemerkt und zunehmend positiv gewertet wird. Zu dieser Diversität gehört insbesondere auch die Bieler Kultur in ihrer gesamten Vielfalt. Stadttheater, Oper, Sinfonieorchester, Kunsthaus, neues Museum Biel, Nebia mit den «spectacles français», das französische Filmfestival, die Stadtbibliothek, das Fotoforum, die Fototage, das Théâtre de la grenouille: sie alle sind Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung. Dann die kleineren wie das Le Singe, das PlusQ'Ille, der Chessu, die Bourgkonzerte, Visarte mit dem Joli mois de mai, das Filmpodium, der Podring. Hinter dieser Bandbreite von kulturellen Angeboten steckt eine Strategie, denn der Mensch lebt nicht nur von Brot allein. Aber wozu brauchen wir überhaupt Kultur, die von gewissen Kreisen als unnötig und zu teuer verschrien wird? Kultur gibt Raum für Identität. Kunst und Kultur schaffen Neues, Abwechslung, Verständigung, Verbindungen, Verbundenheit, Inspiration, speichern Wissen, bieten Faszination und Begeisterung. Sie sind ein Aushängeschild, bieten Sicherheit – komischerweise sind sie auch Kapitalanlage. Kunst ist ein Markt, Kultur auch. Kunst und Kultur schaffen Unterschiede und machen Freude. Sie lehren uns die Freude, aber auch das Streiten. Sie geben uns Input für neuen Output und helfen uns, in Möglichkeiten zu denken. Kunst und Kultur bringen Farbe ins Leben und helfen uns, uns weiterzuentwickeln, uns als Menschen von den Maschinen zu unterscheiden. Sie trainieren unsere rechte Gehirnhälfte und bieten eine Grundlage für Bildung. Kunst kann einfach nur schön sein und Spass machen. Oftmals ist es das kulturelle Angebot, das für einen Standort spricht, sei es bei der Wohnungssuche oder bei der Standortsuche einer Firma. Insbesondere dadurch hat der Standort Biel schweizweit einen guten Ruf. Der Einbezug der Nützlichkeit der Kultur als Teil der Stadt- oder Quartierentwicklung führt zwingend zu einer Einsicht: Kultur verbindet, macht glücklich, bildet, reisst Schranken nieder, stärkt den sozialen Zusammenhalt, ist ein Standortfaktor, ein Wirtschaftsmotor, ein toller und nicht zu unterschätzender Nebeneffekt.

Der Standortvorteil Nummer eins: wir stärken die Bildung vor Ort, wenn wir die richtigen Konzepte vorlegen. Dazu gehört, dass Kunst wieder Teil unser aller Leben sein muss, auch hier in Biel und nicht nur in Grossstädten. Ich denke hier an Projektstage in Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen in Schulen und in Betrieben sowie an die verstärkte Nutzung öffentlicher Orte durch Kultur. Hier müssen wir als PolitikerInnen Fördermöglichkeiten schaffen. Das ist das Ziel der Kulturstrategie des Bieler Gemeinderates.

Der Standortvorteil Nummer zwei: Je leichter Kultur zugänglich gemacht werden kann, umso stärker kann sie zu öffentlichen Debatten beitragen. Streitigkeiten bringen uns voran. Lust auf das andere Denken, das uns im Kampf gegen Rassismus voranbringt,

soll gefördert werden. Die Offenheit für das Fremde ermöglicht uns, wertbegründete Entscheidungen fällen zu können. Ich sehe in der Kultur einen wichtigen Beitrag zur Friedenspolitik. Ein grosses Kulturangebot öffnet die Gesellschaft und kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von gegenseitigem Verständnis leisten. Man denkt über Neues nach, statt in seiner eigenen Suppe zu baden. Wenn das kein Standortvorteil ist, insbesondere für Kommunen wie Biel!

Der Standortvorteil Nummer drei, nämlich Arbeitsplätze, darf nicht mit einer wirtschaftlichen Nützlichkeitsdebatte gleichgesetzt werden. Gute Arbeit bedeutet für die Fraktion Grüne Selbstverwirklichung und Emanzipation. Daher brauchen wir eine breite Definition von Kultur und Kreativität und wir müssen diesen Wirtschaftszweig verstärkt fördern. Die Bedeutung des Kreativen für die Gesellschaft ist und bleibt wesentlich. Es zeugt von Weitsicht und Intelligenz seitens des Bieler Gemeinderates, wenn er danach strebt, Kultur in ihrer gesamten Bandbreite zu fördern. Deshalb macht uns in Biel Kultur stark. Die Fraktion Grüne bittet den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und die Leistungsverträge vollumfänglich zu genehmigen.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Je vais certainement répéter des choses qui ont déjà été dites, mais c'est là aussi la force de l'apprentissage: répéter afin que le message soit compris. Le Groupe PSR tient à remercier le Conseil municipal pour la qualité de son rapport. L'offre culturelle biennoise mérite de mettre en évidence sa richesse, tant par sa diversité d'offres de qualité que par les catégories de publics visés. Toutes ces institutions rayonnantes et performantes renforcent l'attrait de la Ville de Bienne comme un lieu où il fait bon vivre et sortir. C'est aussi une manière de lutter contre le désœuvrement. En effet, il y a de quoi rassasier tous les goûts: théâtre, concerts classiques, concerts pop et rock, musiques du monde, danse, cinéma, photographie, arts plastiques, etc. L'offre regroupe tant les offres régionales que locales. Cette fois-ci, avec ces projets de proximité pour la période de 2020 à 2023, la Ville de Bienne entend particulièrement soutenir les institutions locales: le Théâtre de la Grenouille, le Festival du film français d'Helvétie (FFFH), le CAJ-La Coupole, le Singe, le Festival PlusQ'Île, les Bourkonzerte, et aussi un renforcement du bilinguisme au travers du prix du bilinguisme, désormais dédié tous les deux ans. Bien sûr, ces prestations ont un coût. Toutefois, si on veut une ville attractive, il faut aussi endosser le prix. Si l'on fait la comparaison entre 2009 et 2019, comme cela a été dit, on peut considérer que la culture est moins soutenue actuellement qu'elle ne l'était en 2009, vu l'augmentation de la population et de son apport fiscal. Un seul bémol est la question délicate des cachets très bas de nombreux artistes, qui mériteraient aussi d'être relevés afin d'être à la hauteur de leur talent. N'est-il pas possible d'y arriver peu à peu? Le Groupe PSR tient à relever la grande palette de la promotion de la diversité culturelle et de celle du bilinguisme et du plurilinguisme, sans oublier naturellement la langue de Molière et de Goethe. Très personnellement, il me plaît à relever la richesse de l'offre scolaire dans cette diversité culturelle qui permet effectivement la sensibilisation et l'ouverture à la culture aux élèves et aux jeunes. Cette offre est très prisée par les enseignant(e)s, permettant d'offrir à leur classe une manière de se familiariser à toutes les formes culturelles et d'y prendre goût. À partir de toutes ces considérations, le Groupe PSR soutient la proposition du Conseil municipal.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Conseil municipal met les accents aux bons endroits, en continuant à la fois à soutenir des institutions de portée régionale et

de nature plus classique comme le TOBS, la Bibliothèque ou le NMB, mais aussi en donnant une chance à des thématiques plus modernes, capables de fidéliser un public plus jeune et de lui offrir un contenu actuel. Ce dernier point a bien-sûr un coût, mais c'est un bon investissement qui est essentiellement orienté vers la jeunesse. Il faut également tenir compte de l'évolution démographique positive de notre Ville ainsi que de l'arrivée de nombreux individus et familles de tous âges. Donc, l'offre culturelle de notre Ville attire du monde. Ne perdons pas de vue que l'ouverture prochaine du campus de la Haute école spécialisée bernoise, fort de ses 600 étudiant(e)s et enseignant(e)s, amènera un public qui pourrait être captivé par cette offre culturelle. Si cette offre motivera un bon nombre de personnes à vivre et à travailler dans notre Ville, ce sera tout bénéfice pour elle. Il ne faut pas non plus oublier tout le travail des volontaires non rétribués qui se consacrent à la vie culturelle biennoise. Le coût global de la culture pour notre Ville est tout à fait acceptable, grâce à la gestion et à l'organisation des différentes structures pour lesquelles s'affairent des acteurs culturels en tant que membres de fondations, d'amicales ou de comités d'initiatives. Ces coûts sont bien moindres à comparer aux coûts dus à la professionnalisation du secteur, comme c'est le cas dans d'autres villes suisses. Il faut remercier tous les biennois et toutes les biennoises qui aiment leur Ville et qui, par leur engagement bénévole, font vivre de nombreuses facettes que l'on résume rapidement sous la dénomination de culture. Par ailleurs, les données chiffrées montrent que la contribution par habitant de notre Ville est tout à fait raisonnable comparée aux chiffres des agglomérations comparables en Suisse. Enfin, la contribution de la Ville à certaines institutions régionales comme le TOBS ou la Bibliothèque n'a pas variée depuis 2012. L'effort financier de la Ville a même baissé depuis 2012 pour le NMB, le Photoforum Pasquart ou les Journées photographiques. Pour toutes ces raisons, le Groupe PRR soutient la proposition du Conseil municipal et recommande, pour les années à venir, de garder cette inflation des coûts sous contrôle.

Günther Muriel, Fraktion SP/JUSO: Kultur ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für die Lebensqualität, das Zusammenleben, das Stadtgefühl und die Zufriedenheit der Menschen. Kultur rechnet sich in der freien Marktwirtschaft nicht, zumindest nicht in dem Sinn, in welchem sie allgemein als erstrebenswert erachtet wird. Die Fraktion SP/JUSO ist sich der Wichtigkeit der Kulturausgaben mehr als bewusst und wird dem vorliegenden Geschäft deshalb wie erwartet zustimmen. Natürlich ist es aus unserer Sicht besonders lobenswert, dass die Beiträge insgesamt erhöht wurden und gewisse Institutionen mehr – oder zum ersten Mal überhaupt – Beiträge erhalten sollen. Anders als die Fraktion SVP/Die Eidgenossen und andere Unterschützende des Rückweisungsantrages, sieht die Fraktion SP/JUSO die Erhöhung des Gesamtbetrags nicht als ungerechtfertigte Mehrausgabe, sondern als eine gerechte Anpassung. Biel ist in den letzten Jahren gewachsen. Entsprechend müssen auch die Ausgaben steigen, die der Bevölkerung zu Gute kommen. Dafür hat sich die Fraktion SP/JUSO immer eingesetzt und wird das auch in Zukunft tun. Entsprechend hätte sie auch noch höhere Beiträge begrüsst. Die Pro-Kopf-Ausgaben sind nämlich noch immer tiefer als vor 10 Jahren. In diesem Sinne wünscht sich die Fraktion SP/JUSO vom Gemeinderat etwas mehr Mut. Sie glaubt nämlich, dass der politische Wille zu progressivem Handeln im Kulturbereich vorhanden ist. Die Fraktion SP/JUSO dankt dem Stadtrat, wenn er den Leistungsverträgen zustimmt, damit das Fortbestehen und die Weiterentwicklung von vielen Bieler Kulturinstitutionen abgesichert werden kann.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Vielen Dank für das vorliegende Geschäft. Es ist fair aufgelegt und ein gutes Paket. Vielen Dank auch an die Institutionen. Es wurde bereits viel über die Kultur gesagt und über deren Wert und Bedeutung für eine Stadt. Sind wir doch froh und dankbar, dass die Stadt in der glücklichen Lage ist, Institutionen und Kulturschaffende zu haben, mit welchen solche Leistungsverträge abgeschlossen werden können. Kultur ist oft brotlos und nicht immer einfach. Es ist wohl etwas vom Schwierigsten, Menschen zum Lachen zu bringen. Weshalb kommen Menschen in eine Stadt? Wohl kaum wegen der Parkplätze oder der unterirdischen Parkanlagen. Sie kommen in die Stadt, wenn diese ein kulturelles Angebot anbietet. Ich finde, nur durch Kultur kann sich der Mensch weiterentwickeln. Um sich zu entwickeln, braucht der Mensch Visionen, Kreativität und Ideen, wie sie Kultur bietet. Der Stadtrat darf nicht vergessen, dass es bei der Finanzierung nicht um sein eigenes Geld geht, sondern um dasjenige der Allgemeinheit. Der Stadtrat hat dafür zu sorgen, dass der Allgemeinheit aus den Stadtfinanzen etwas zurückgegeben wird. Die natürlichen Personen haben mehr Steuern bezahlt. Mit dem vorliegenden Geschäft kann ihnen etwas davon zurückgegeben werden. Zudem wird lediglich ein bescheidener Teuerungsausgleich vorgenommen, was ich nur fair finde.

Wiher Max, Fraktion GLP: Eingangs ein paar Rückmeldungen zu den vorherigen Voten: Frau de Maddalena möchte ich gratulieren zu ihrer wunderschönen Laudatio auf die Kultur, die mir sehr gefallen hat! Kultur bewegt tatsächlich. Mit der Fraktion SP/JUSO bin ich nicht ganz einverstanden: Kultur ist sehr wohl ein Wirtschaftsfaktor. Es gibt eine Kreativindustrie, die viele Menschen beschäftigt. Diese bezahlen auch Steuern. Kultur ist ein Standortvorteil. Sie zieht Menschen an, die konsumieren und übernachten. Kultur ist Werbung für unsere Stadt, die sonst unbezahlbar wäre. Die Liste liesse sich ins Unendliche fortsetzen. Doch nun zum Bericht des Gemeinderats: Seit Jahren fordert die Fraktion GLP mit verschiedenen Vorstössen, das Missverhältnis zwischen den lokalen und den regionalen Kulturinstitutionen auszugleichen. Diesem Anliegen wird mit dem vorliegenden Geschäft entsprochen. In der Periode 2016-2019 erhielten die lokalen Kulturinstitutionen 7,5% und die regionalen 92,5% des «Kulturkuchens». Von 2020-2024 sind es für die lokalen Kulturinstitutionen 9,1% und für die regionalen 90,9%. Diese Verschiebung von 7,5% auf 9,1% ist wesentlich, entspricht sie doch für die lokalen Kulturinstitutionen einer Beitragserhöhung von 21%. Die Fraktion GLP unterstützt diese Entwicklung einstimmig. Mit dem neuen, kompetenten und initiativen Delegierten für Kultur und seinem riesigen Knowhow in diversen Kultursparten hat die Stadt zudem die riesige Chance, eine prosperierende und vielfältige Kulturszene aufzubauen. Ganz herzliche Gratulation zu dieser Besetzung! Wegen des Bevölkerungszuwachses sinken die Pro-Kopf-Ausgaben zwischen der laufenden und der neuen Periode um CHF 10 oder 5%, also von CHF 202 auf CHF 192 pro Kopf. Aber die effektiven Ausgaben für die Stadt nehmen trotzdem um ungefähr CHF 350'000 zu. Bei der Fraktion GLP gab deshalb die Frage viel zu reden, ob sich die Stadt diese Erhöhung der Beiträge überhaupt leisten kann. Eine knappe Mehrheit fand, dass die Beitragserhöhung für die lokalen Kulturinstitutionen bei den regionalen eingespart werden sollte. Trotz diesem Einwand wird die Fraktion GLP dem vorliegenden Geschäft aber mehrheitlich zustimmen, weil die Richtung stimmt.

Loderer Benedikt, Grüne: Ich habe schon lange nicht mehr so viele schöne, gute, tiefgründige, ewige, wahre, ehernen Sätze über die Kultur gehört wie heute Abend. Ich bin ganz ergriffen. Selbstverständlich sind alle für Kultur, das gehört sich so. Wer ist schon gegen Kultur? Man kann gar nicht gegen Kultur sein, das wäre ja unanständig. Der Stadtrat spricht wunderbar über Kultur, dabei geht es um CHF 300'000. Es ist doch erstaunlich: ein Parlament, das vor ungefähr 1,5 Stunden CHF 15 Mio. bewilligte, zankt sich jetzt um CHF 300'000. Wäre die Fraktion SVP/Die Eidgenossen konsequent, hätte sie sagen müssen, dass CHF 15 Mio. für die Schul informatik zu viel seien, da diese doch für CHF 13 Mio. zu haben sei. Stattdessen glaubte sie dem Gemeinderat fröhlich, dass die CHF 15 Mio. absolut nötig sind. Es geht um das Prinzip und darum, dass die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sagt, das Budget dürfe nicht um CHF 300'000 erhöht werden, während sie in anderen Bereichen ohne zu zögern 15 Mio. ausgibt. Deshalb bitte ich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, etwas konsequenter zu sein und dort zu sparen, wo es wirklich einschenkt. Ich erwarte von ihr eine Einsparung von CHF 2 Mio. auf die bereits gesprochenen CHF 15 Mio. für die Schul informatik...

Scherrer Martin, SVP: Dass die Ratslinke Sachzusammenhänge völlig falsch darstellt, scheint normal zu werden. Lehrmittel mit Kulturförderung zu vergleichen, ist einfach aus dem Sachzusammenhang gerissen. Ich kann auch zum Beispiel Sport mit Kulturförderung vergleichen. Würde die Kultur so viel für die Stadt tun wie die Sportvereine und dabei gleich wenig Subventionen und Unterstützungsleistungen beziehen, hätte ich wahrlich Respekt vor der Kultur. Solange sich die Kultur aber von der Stadt aushalten lässt, weil sie nicht kostendeckend erbracht wird, bin ich gegen solche Beiträge. Würde die Kultur wie der EHC Biel jedes Wochenende 6'500 Zuschauende in ein Stadion bringen, könnte ich meine Meinung vielleicht ändern. Aber das schafft sie nicht! Sie muss massiv unterstützt werden, hat aber trotzdem nur einen Bruchteil des Publikums eines EHC Biel. Ich könnte so vergleichen, aber das wäre aus dem Zusammenhang gerissen, weshalb ich darauf verzichte. Letztendlich stellt sich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen gegen die masslose und stetig wachsende Unterstützung für die Kultur, nicht aber gegen die Kultur an sich. Vorliegend geht es um die jährlich ansteigenden Kulturbeiträge. Niemand fragt nach, weshalb immer mehr Mittel notwendig sind. Es heisst nur, Kultur müsse gefördert werden. Dagegen wehrt sich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen.

de Maddalena Daniela, Grüne: Ich zitiere aus einem Text mit dem Titel *«Kultur als Standortfaktor»* der Heinrich-Böll-Stiftung: *«Unter "Kultur als Standortfaktor" bzw. Wirtschafts- oder Imagefaktor versteht man alle kulturellen Aspekte, die sich in der kommunalen Wertschöpfung oder als Arbeitsmarktfaktoren niederschlagen. Das Erkennen, dass es sich bei Kultur um eine "Produktivkraft" handelt bzw. eine hohe "kulturelle Infrastruktur" notwendig ist für Image und wirtschaftliche Attraktivität einer Kommune, ist noch nicht sehr alt. Bis in die 80er Jahre galten kulturelle Aktivitäten quasi als "Sahnehäubchen" bei der kommunalen Daseinsvorsorge, wenn und nachdem alle wirklich wichtigen Dinge wie Gas- und Wasserversorgung, Müllabfuhr und Verkehrswesen bestellt und geregelt waren. Durch empirische Untersuchungen fand man dann jedoch heraus, dass Kultur hinsichtlich der Wertschöpfung ein sehr bedeutsamer Faktor sein kann. So beliefen sich die Nebeneinnahmen der Festspielbesucher in Salzburg [...] in einer Größenordnung, dass die darüber erzielten kommunalen Steuern und Abgaben die Subventionierung der öffentlichen Hand bei weitem übertrafen (betriebswirtschaftlich nennt sich ein solcher Effekt "Umweg-*

Rentabilität") [...] Kulturelle Events, Volksfeste, Grossveranstaltungen, Kongresse und Messen werden heute vielfach von den Kommunen unter dem Aspekt der Wertschöpfung angestossen und subventioniert. Neben den bezifferbaren Mehreinnahmen durch Steuern und Abgaben kommt ein schwer quantifizierbarer immaterieller Nutzen durch die Erhöhung des Imagewertes einer Stadt oder Region hinzu. Wo kulturell etwas los ist, stellt sich als Binnensicht der Bürgerinnen und Bürger sowie als Wahrnehmung von aussen das Gefühl von Lebensqualität und Weltoffenheit ein. Wer beispielsweise dieses oder jenes Musical in der und der Stadt besucht hat, "erbt" selbst etwas vom positiven Nimbus des geistig höherstehenden und offenen Kulturmenschen. Mit solchen Imagefaktoren wächst überhaupt erst einmal die Unterscheidbarkeit von anderen Städten und Regionen, da ansonsten heute alle konventionellen Infrastrukturbereiche (Krankenhäuser, Strassen, Schulen, etc.) ein überwiegend gleiches Niveau aufweisen. Es wächst aber auch und vor allem der Wohn- und Freizeitwert einer Kommune. Dies wiederum wird inzwischen als wichtiger "weicher Standortfaktor" für unternehmerische Entscheidungen der Betriebsan- oder -umsiedlung bewertet». Ich könnte noch weiter vorlesen. Wenn Sie der Text interessiert, gebe ich ihn gerne weiter. Er ist sehr interessant, vor allem auch für bürgerliche Kreise.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich möchte noch eine Korrektur anbringen. Herr Scherrer, bei Leistungsverträgen handelt es sich nicht um Subventionen. Es geht um eine Dienstleistung der Stadt an die Allgemeinheit. Die Dienstleistungserbringenden unterzeichnen einen Leistungsvertrag, für den die Stadt bezahlt.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je voudrais rappeler la richesse de la palette de notre culture. Cette palette représente plus de 30 institutions culturelles qui la rendent extrêmement riche et belle. Je suis convaincu que, dans cette salle, nous sommes toutes et tous très fiers de cette culture et de son dynamisme qui parfois nous dépasse. En effet, il y a non seulement les institutions culturelles, mais aussi beaucoup d'acteurs et d'actrices culturel(le)s indépendant(e)s qui organisent des concerts, des manifestations ou des projets, et qui sont chaque jour au service de la culture. Malheureusement, la Ville de Bienne soutient modestement ces artistes. J'aimerais juste rappeler les priorités du Conseil municipal concernant les contrats de prestations pour la période 2020-2023. La première priorité était de suivre et d'encourager la diversité des offres culturelles. Si le Conseil municipal alloue un peu plus de moyens pour l'une ou l'autre institution, c'est pour renforcer la diversité et en aucun cas pour renforcer une offre qui est déjà proposée. Le deuxième axe prioritaire est de favoriser les offres destinées à un jeune public, mais aussi à un nouveau public, comme par exemple le Festival plusQ'île ou le nouveau programme de musique life de la Coupole. Le grand symbole de tout ce groupe est évidemment le Théâtre de la Grenouille qui fera le plus grand pas avec le soutien qui va être décidé ce soir. Cette institution biennoise est très particulière. Fondée sur le bilinguisme ou le multilinguisme, elle enrichit la diversité en s'adressant spécifiquement à un jeune public. Le Conseil municipal a aussi voulu défendre des projets qui se trouvent un peu à un moment charnière de leur destinée et pour qui il s'agit de faire un pas en avant, par exemple pour le Théâtre de la Grenouille, mais aussi pour le Singe. C'est aussi le cas pour le Prix Walser qui soutient les œuvres littéraires notamment des jeunes auteur(e)s en français et en allemand. Le Conseil municipal souhaite pouvoir doubler la possibilité de ce prix et donc renforcer aussi bien la présence de la littérature dans

notre Ville que le rayonnement de Robert Walser, surtout cette année. Le Filmpodium est la seule institution qui propose un programme de films alternatifs aux films commerciaux. Le Conseil municipal souhaite lui donner un coup de main.

Le Conseil municipal a aussi décidé de rééquilibrer les institutions entre elles. La progression se fait surtout pour les institutions culturelles les plus modestes. Les choix sont fondés et chaque dossier a été mis à l'épreuve. En effet, chaque institution a dû présenter un projet, une progression ou des idées. Sans cette présentation, aucun soutien supplémentaire du Conseil municipal n'aurait été accordé.

Encore un mot, pardonnez-moi, Madame la Directrice des finances, sur la question financière. En français on dit: «Comparaison n'est pas raison»! Monsieur Loderer, nous avons besoin de ce crédit d'engagement de 15'970'880 fr. S'il vous plaît, n'allez pas donner l'idée que cette subvention au TOBS n'est pas nécessaire. C'est une mauvaise idée d'opposer le sport et la culture. La Ville de Bienne a investi presque 100'000'000 fr. dans un stade de sport! Elle s'est mise dans une situation périlleuse en soutenant la construction d'une installation sportive. Elle investit régulièrement pour des terrains de football artificiels, à raison de 3'000'000 fr. par terrain. Si vous comparez le prix de location du HC Bienne et celui du TOBS, cette comparaison sera très instructive. La Ville de Bienne a besoin du sport comme de la culture.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Es handelt sich um einen komplizierten Beschlussesentwurf. Wir werden etappenweise darüber abstimmen. Zuerst stimmen wir über die Leistungsverträge mit lokalen Kulturinstitutionen ab (Beschlussesentwurf, Ziff. I).

Abstimmung

I. Leistungsverträge mit lokalen Kulturinstitutionen

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 betreffend «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020–2023 / Verpflichtungskredite», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit von CHF 560'000 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Filmpodium Biel/Bienne und der entsprechende Leistungsvertrag werden genehmigt.
2. Der Verpflichtungskredit von CHF 320'000 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Pod'Ring und der entsprechende Leistungsvertrag werden genehmigt.
3. Der Verpflichtungskredit von CHF 320'000 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Le Singe und der entsprechende Leistungsvertrag werden genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Nun stimmen wir über die Leistungsverträge mit regionalen Kulturinstitutionen ab, wobei Bst. A dem fakultativen Referendum unterstellt ist (Beschlussesentwurf, Ziff. II, Bst. A und B).

Abstimmung

II. Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung

A.

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 betreffend «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020–2023 / Verpflichtungskredite», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), in Verbindung mit Art. 14 Abs. 1 Bst. a und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), mit 40 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, **unter Vorbehalt des fakultativen Referendums**:

Der Verpflichtungskredit von CHF 3'825'000 für die Abgeltung der Leistungen der Stiftung Charles Neuhaus zum Betrieb des Neuen Museum Biel und der entsprechende Leistungsvertrag werden, unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur], genehmigt.

B.

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 betreffend «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020–2023 / Verpflichtungskredite», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit von CHF 2'049'400 für die Abgeltung der Leistungen der Stiftung Centre Pasquart und der entsprechende Leistungsvertrag werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur] genehmigt.
2. Der Verpflichtungskredit von CHF 1'953'000 für die Abgeltung der Leistungen der Fondation des spectacles français und der entsprechende Leistungsvertrag werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur] genehmigt.
3. Der Verpflichtungskredit von CHF 971'600 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Théâtre de la Grenouille und der entsprechende Leistungsvertrag werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur] genehmigt.
4. Der Verpflichtungskredit von CHF 493'000 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Photoforum Pasquart und der entsprechende Leistungsvertrag werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur] genehmigt.
5. Der Verpflichtungskredit von CHF 445'800 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Festival du film français d'Helvétie und der entsprechende Leistungsvertrag werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur] genehmigt.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Nun stimmen wir über die Leistungsverträge mit der Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn sowie der Stiftung Stadtbibliothek Biel ab, die der Volksabstimmung unterliegen (Beschlussesentwurf, Ziff. II, Bst. C).

Ordnungsantrag

Bohnenblust Peter, FDP: Ich beantrage, **über Ziffer II, Abschnitt C, Buchstabe a), Ziffer 1 und 2 getrennt abzustimmen.**

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Ordnungsantrag

Grupp Christoph, Grüne: Ich beantrage für die **Abstimmungen über Ziffer II, Abschnitt C, Buchstabe a), Ziffern 1 und 2 Abstimmung mit Namensaufruf.**

Der Ordnungsantrag wird mit einer 2/3 Mehrheit gutgeheissen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Über Ziff. II, Abschnitt C, Bst a), Ziffern 1 und 2 wird nun getrennt und mit Namensaufruf abgestimmt. Wir beginnen mit dem Leistungsvertrag mit der Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn (Ziff. II, Abschnitt C, Bst. a), Ziff.1).

Abstimmung

C.

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 betreffend «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020–2023 / Verpflichtungskredite», gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziffer 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 36 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:**

Den Stimmberechtigten wird der folgende Beschlussesentwurf zur Annahme empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. März 2019 und gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 1 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), beschliesst:

- a) 1. Der Verpflichtungskredit von **CHF 15'970'880** für den Beitrag der Stadt Biel an die Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn für die Jahre 2020–2023 und der zugehörige Leistungsvertrag werden (unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-Seeland-Berner Jura [BSJB Kultur]) genehmigt.

			Ja / Oui	Nein / Non	Enthaltungen / Abstentions
SP	Arnold	Marc	x		
SP	Augsburger- Brom	Dana	x		
FDP	Bohnenblust	Peter	x		
PRR	Bord	Pascal	x		
GLP	Briechle	Dennis		x	
EVP	Brunner	Thomas			x
FDP	Cadetg	Leonhard	x		
SP	Clauss	Susanne	x		
Grüne	De Maddalena	Daniela	x		
Grüne	Epper	Bettina	x		
UDC	Francescutto	Luca		x	
Grüne	Frank	Lena	x		
FDP	Gerber	Andreas		x	
PSR	Gonzalez	Glenda	x		
Grüne	Grupp	Christoph	x		
BDP	Gugger	Reto		x	
JUSO	Günther	Muriel	x		
GLP	Gurtner- Oesch	Sandra		x	
PdA	Heiniger	Peter	x		
SVP	Helbling	Beatrice		x	
JUSO	Koller	Levin	x		
Grüne	Loderer	Benedikt	x		
Grüne	Meuli	Selma	x		
JUSO	Meyer	Miro	x		
EVP	Molina	Franziska	x		
PSR	Ogi	Pierre	x		
PRR	Pittet	Natasha	x		
PSR	Rebetez	Maurice	x		
DE	Rindlisbacher	Hugo		x	
Les Verts	Roth	Myriam	x		
SVP	Scherrer	Martin		x	
Grüne	Scheuss	Urs	x		
SVP	Schneider	Sandra		x	
SVP	Schneider	Veronika		x	
EDU	Schor	Alfred	x		
PAS	Sprenger	Titus	x		
SP	Steinmann	Alfred	x		
GLP	Stocker	Julien			x
PSR	Stolz	Joseline	x		
FDP	Strässler	Thomas	x		
SP	Strobel	Salome	x		
PRR	Suter	Daniel		x	
FDP	Sutter	Andreas	x		

SP	Tanner	Anna	x		
PSR	Torriani	Isabelle	x		
SP	Vlaiculescu	Christiane	x		
UDC	Wächter	Olivier		x	
FDP	Wendling	Cécile	x		
UDC	Widmer	Patrick		x	
SP	Wiederkehr	Martin	x		
GLP	Wiher	Max	x		
DE	Zimmermann	Erwin		x	
SVP	Zumstein	Joël		x	
Total			36	15	2

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Es folgt nun die Abstimmung über den Leistungsvertrag mit der Stiftung Stadtbibliothek Biel (Ziff. II, Abschnitt C, Bst. a), Ziff.2).

Abstimmung

C.

- a) 2. Der Verpflichtungskredit von CHF 7'988'320 für den Beitrag der Stadt Biel an die Stiftung Stadtbibliothek Biel für die Jahre 2020–2023 und der zugehörige zugehörige Leistungsvertrag werden (unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantons Bern und des Gemeindeverbandes Kulturförderung Region Biel-SeelandSeeland-Berner Jura [BSJB Kultur]) genehmigt.

			Ja / Oui	Nein / Non	Enthaltungen / Abstentions
SP	Arnold	Marc	x		
SP	Augsburger-Brom	Dana	x		
FDP	Bohnenblust	Peter	x		
PRR	Bord	Pascal	x		
GLP	Briechle	Dennis	x		
EVP	Brunner	Thomas	x		
FDP	Cadetg	Leonhard	x		
SP	Clauss	Susanne	x		
Grüne	De Maddalena	Daniela	x		
Grüne	Epper	Bettina	x		
UDC	Francescutto	Luca	x		
Grüne	Frank	Lena	x		
FDP	Gerber	Andreas	x		
PSR	Gonzalez	Glenda	x		
Grüne	Grupp	Christoph	x		
BDP	Gugger	Reto	x		
JUSO	Günther	Muriel	x		

GLP	Gurtner-Oesch	Sandra	x		
PdA	Heiniger	Peter	x		
SVP	Helbling	Beatrice		x	
JUSO	Koller	Levin	x		
Grüne	Loderer	Benedikt	x		
Grüne	Meuli	Selma	x		
JUSO	Meyer	Miro	x		
EVP	Molina	Franziska	x		
PSR	Ogi	Pierre	x		
PRR	Pittet	Natasha	x		
PSR	Rebetez	Maurice	x		
DE	Rindlisbacher	Hugo	x		
Les Verts	Roth	Myriam	x		
SVP	Scherrer	Martin	x		
Grüne	Scheuss	Urs	x		
SVP	Schneider	Sandra		x	
SVP	Schneider	Veronika		x	
EDU	Schor	Alfred	x		
PAS	Sprenger	Titus	x		
SP	Steinmann	Alfred	x		
GLP	Stocker	Julien	x		
PSR	Stolz	Joseline	x		
FDP	Strässler	Thomas	x		
SP	Strobel	Salome	x		
PRR	Suter	Daniel	x		
FDP	Sutter	Andreas	x		
SP	Tanner	Anna	x		
PSR	Torriani	Isabelle	x		
SP	Vlaiculescu	Christiane	x		
UDC	Wächter	Olivier		x	
FDP	Wendling	Cécile	x		
UDC	Widmer	Patrick		x	
SP	Wiederkehr	Martin	x		
GLP	Wiher	Max	x		
DE	Zimmermann	Erwin			x
SVP	Zumstein	Joël		x	
Total			46	6	1

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zur Behandlung der Botschaft (Ziff. II, Abschnitt C, Ziff. b) des Beschlussesentwurfs.

Botschaft

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auf Ihren Tischen liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen auf. Eine Volksbotschaft muss

verständlich formuliert sein und sich auf die vorgelegten Abstimmungsfragen beziehen. Vorliegend stimmt die Bieler Bevölkerung über die Verpflichtungskredite für die Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn (TOBS) und die Stadtbibliothek ab (Ziff. II, Abschnitt C, Bst. a), Ziff. 1 und 2 des Beschlussesentwurfs). Deshalb beschränkt sich die Botschaft auch auf diese beiden Leistungsverträge. Die Leistungsverträge mit weiteren Kulturinstitutionen, die der Stadtrat vorher besprochen hat, sind für die Volksabstimmung irrelevant. Selbstverständlich darf in einer Botschaft eine generelle Würdigung der Kulturinstitutionen erfolgen und der Gemeinderat darf seine kulturpolitischen Prioritäten darlegen, wie er dies in Kapitel 1 («Das Wichtigste in Kürze») und zu Beginn des Kapitels 3 («Die Vorlage im Detail») tut. Hingegen hat in Kapitel 3 das Unterkapitel «Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen für die Periode 2020-2023» (Seiten 6 und 7) keinen Zusammenhang mit dem TOBS und der Stadtbibliothek, sondern bezieht sich explizit auf die «weiteren» Kulturinstitutionen. In dieser Hinsicht ist die Botschaft viel zu detailliert. Die übrigen Kulturinstitutionen nehmen fast mehr Platz ein als das TOBS und die Stadtbibliothek. Das ist für die nicht sachkundige Leserschaft verwirrend und ihre Entscheidung könnte dadurch allenfalls beeinflusst werden. Deshalb **beantragt die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die ersten vier Abschnitte des Unterkapitels «Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen für die Periode 2020-2023» auf den Seiten 6 und 7 sowie das Unterkapitel «Übersicht über die Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung und die Beiträge für die Periode 2020-2023» auf Seite 8 der Botschaft zu streichen.** Infolge dieser Streichungen müssen einige kleinere Anpassungen vorgenommen werden: **Im Unterkapitel «Bilanz zur Vertragsperiode 2016-2019» auf Seite 5 der Botschaft muss der Satz «In der Periode 2016–2019 verfügten neun regionale und 20 lokale Kulturinstitutionen über einen Leistungsvertrag» gestrichen werden. Der zweite Abschnitt wäre wie folgt anzupassen: «Die beiden Vertragssysteme haben den beiden Institutionen [...]» und der dritte: «Die beiden Bieler Kulturinstitutionen [...] sowie beiden Institutionen [...].** Die geforderten Anpassungen haben keinen negativen Einfluss auf die Aussagen im betreffenden Kapitel. Dank der Streichung und Anpassung dieser Passagen wird die Botschaft stringenter und verständlicher, denn sie enthält nur noch die für die Abstimmungssache relevanten Argumente.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt, im Unterkapitel «Bilanz zur Vertragsperiode 2016-2019» auf Seite 5 der Botschaft den Satz *«In der Periode 2016–2019 verfügten neun regionale und 20 lokale Kulturinstitutionen über einen Leistungsvertrag»* zu streichen. Diese Bilanz soll dem Stimmvolk einen Überblick verschaffen. Werden nun wesentliche Inhalte, die dem Verständnis der Botschaft dienen, aus der Bilanz gestrichen, erweist die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem Stimmvolk einen Bärenienst. Eine Botschaft soll informativ sein und einen Sachverhalt erklären. Dazu gehört auch die notwendige Transparenz, die auch durch die Bilanz geschaffen wird. Ich bitte den Stadtrat, die Botschaft so anzunehmen, wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen wurde.

Günther Muriel, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO beantragt, in der Botschaft eine vergleichende Tabelle mit den Ausgaben anderer Städte im Kulturbereich einzufügen. Ein Blatt mit der einzufügenden Tabelle liegt auf Ihren Tischen auf. In gekürzter Form der Botschaft beigelegt, würde die Tabelle der Bieler

Bevölkerung helfen, die Kulturausgaben besser einzuordnen und zu beurteilen, wie Biel im Vergleich mit anderen Städten dasteht.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Ich beziehe mich auf den Änderungsantrag der Fraktion SP/JUSO, den ich in der vorliegenden Form problematisch finde. In der von ihr vorgelegten Tabelle werden Gemeinden aus verschiedenen Kantonen aufgeführt, aber die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist von Kanton zu Kanton ganz unterschiedlich. Deshalb erachte ich die aufgeführten Beiträge als verwirrend und **beantrage, dass die Tabelle nur bernische Gemeinden aufführt**, so dass ein sauberer Vergleich ermöglicht wird.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Le Conseil municipal estime que, ce soir, vous avez eu la présentation d'un paquet caractérisé par une logique cohérente. Le Conseil de ville ne vote pas uniquement sur le TOBS. Cela a été salué par la Commission de gestion (CDG), qui a souligné que l'ensemble des soutiens aux institutions culturelles avait été présenté au Conseil de ville de manière cohérente. C'est pour cette raison que le Conseil municipal vous propose un message qui présente brièvement la logique de cette stratégie et la logique de la politique culturelle de la Ville de Bienne. En ce qui concerne la comparaison entre les villes, Monsieur Briechle, vous avez raison, cette comparaison est difficile. Le budget de la culture calculé par l'Office fédéral de la statistique (OFS) a été comparé avec le budget de la culture de chaque ville suisse. Pour la Ville de Bienne, une partie des contributions aux infrastructures est intégrée dans le budget de la culture. Ces chiffres sont effectivement plus pertinents pour la comparaison des communes du Canton de Berne, puisque toutes les communes ont le même système de subventionnement à la culture.

Abstimmungen

- über den Änderungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die ersten vier Abschnitte des Unterkapitels «Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen für die Periode 2020-2023» auf den Seiten 6 und 7 sowie das Unterkapitel «Übersicht über die Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung und die Beiträge für die Periode 2020-2023» auf Seite 8 der Botschaft zu streichen, im Unterkapitel «Bilanz zur Vertragsperiode 2016-2019» auf Seite 5 der Botschaft den Satz *«In der Periode 2016–2019 verfügten neun regionale und 20 lokale Kulturinstitutionen über einen Leistungsvertrag»* zu streichen und den zweiten Abschnitt leicht anzupassen

Der Antrag wird abgelehnt.

- Gegenüberstellung des Antrags der Fraktion SP/JUSO, eine schweizweit vergleichende Tabelle in die Botschaft einzufügen und des Antrags von Herrn Briechle, in dieser Tabelle nur bernische Gemeinden aufzuführen

Der Antrag von Herrn Briechle obsiegt gegenüber dem Antrag der Fraktion SP/JUSO.

- Gegenüberstellung des Antrags von Herrn Briechle und des Antrags des Gemeinderats

Der Antrag von Herrn Briechle obsiegt gegenüber dem Antrag des Gemeinderats.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Nun fehlen noch die Argumente der Gegnerschaft. Ich bitte diese, ihre Argumente bis morgen, 11.00 Uhr, schriftlich beim Ratssekretariat einzureichen. So kann morgen Abend über die konsolidierte Botschaft abgestimmt werden.

Gugger Reto, BDP: Vielleicht haben Sie bemerkt, dass die Abstimmungsergebnisse betreffend TOBS und Stadtbibliothek sehr unterschiedlich ausgefallen sind. Im Botschaftsentwurf ist vorgesehen, im Kapitel 4 «Argumente für und gegen die Vorlage» beide Institutionen zusammen aufzuführen. Ich schlage vor, die Argumente pro Institution gesondert aufzuführen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Für mich ergibt der Vorschlag von Herrn Gugger wenig Sinn. Die Argumente dürften für beide Institutionen ähnlich sein. Somit würde die Botschaft nur künstlich verlängert.

Suter Daniel, PRR: Deux questions figurent sur le bulletin de vote. Elles concernent le crédit d'engagement pour la subvention à la fondation Théâtre Orchestre Bienne Soleure et le crédit d'engagement pour la subvention à la fondation Bibliothèque de la Ville de Bienne. Logiquement, il faut inscrire dans le message des arguments pour et contre le TOBS, mais aussi pour et contre la Bibliothèque.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich vermute, dass die separate Auflistung pro Institution zweimal die gleichen Argumente enthalten würde, einmal für das TOBS und einmal für die Stadtbibliothek.

Wiederkehr Martin, SP: Mir wird aus der vorliegenden Botschaft nicht klar, ob das Stimmvolk separat über die beiden Institutionen abstimmt. Das muss zuerst geklärt werden. Erfolgt eine separate Abstimmung, ist auch eine separate Auflistung der Argumente sinnvoll.

Bohnenblust Peter, FDP: Für mich ist klar, dass die Abstimmung separat erfolgt. Deshalb müssten meines Erachtens auch die Argumente für und gegen die Vorlage pro Institution aufgeführt werden. Allerdings gibt es vielleicht Argumente, die für beide Institutionen zutreffen. In diesem Fall könnte zuerst ein allgemeiner Abschnitt verfasst und anschliessend die spezifischen Argumente pro Institution aufgeführt werden. Das muss noch geprüft werden. Eine solche Entscheidung kann nicht aus dem Stegreif erfolgen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, dass das Ratssekretariat aufgrund der noch eingehenden Argumente entscheidet, welche Darstellung am meisten Sinn macht und dem Stadtrat morgen eine konsolidierte Botschaft vorlegt.

Wie ich sehe, sind Sie damit einverstanden; wir stimmen also morgen über die Botschaft ab.

31. 20190027 Beaumontweg - Lueg / Kanalisationserneuerung / Verpflichtungskredit

Tanner Anna, GPK: Die GPK prüfte das vorliegende Geschäft. Es geht um eine Kanalisationserneuerung für CHF 1,2 Mio. zulasten der Sonderrechnung Abwasser. Die Kanalisation im betreffenden Abschnitt ist in einem schlechten Zustand, die Rohre sind undicht. Das Projekt soll im Mai 2019 umgesetzt werden. Die Anwohnerschaft wurde informiert und der Projektverlauf wurde gut abgesprochen. Auch sollen die privaten Hausanschlüsse erneuert werden. Die GPK hat keine Anmerkungen und dankt für die Zustimmung zu diesem Geschäft.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Nach der vorangehenden Kulturdiskussion wage ich kaum zu sagen, dass die Stadt CHF 1,2 Mio. im Boden verlocken will und die Fraktion FDP dieses Ansinnen unterstützt. Sie tut das, weil die Leitungen undicht sind und deren Sanierung auch dem Umweltschutz dient. Nun sollen 2019 die Leitungen ersetzt und 2021 der Deckbelag eingebaut werden. Weshalb sind im Finanzplan für 2019 nur CHF 500'000 vorgesehen, dafür weitere CHF 500'000 im 2020? Dürfen die Unternehmer erst 2020 verrechnen, damit die städtischen Finanzen besser aussehen?

Waechter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés pense que ce crédit d'engagement est indispensable et totalement justifié. Cependant, notre groupe a une question relative à l'accès motorisé aux habitations concernées durant les travaux. Dans le rapport, il est noté que des solutions sont recherchées avec les riveraines et riverains concernés pour pallier aux restrictions d'accès (cartes de stationnement, place de stationnement de remplacement). Nous aimerions savoir si ces moyens de substitutions seront attribués gratuitement ou si les riveraines et riverains devront payer, bien qu'ils ne soient pas responsables des travaux. Le Groupe UDC/Les Confédérés soutient le fait que ces travaux de remplacement des canalisations soient effectués par des entreprises locales ou le plus proche que possible afin de minimiser l'impact écologique.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Auf Seite 3 des Berichts steht: *«Der Beaumontweg sollte nach heutiger Einschätzung während der ganzen Bauzeit befahrbar sein.»* Ich staune, dass dazu keine genauere Angabe gemacht werden kann. Befürchtet der Gemeinderat ein ähnliches Debakel wie an der Bermenstrasse? Was würde passieren, wenn der Beaumontweg nicht mehr befahrbar wäre?

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR soutient totalement ce projet. Il est conscient qu'il y aura des problèmes de stationnement et d'accès aux immeubles, mais le remplacement de ces canalisations est nécessaire. Les riveraines et riverains doivent prendre en considération que des canalisations saines nécessitent des travaux, donc des désagréments. Je souligne le fait que la Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement a reporté les travaux pour pouvoir effectuer des travaux conjoints de remplacement de conduites industrielles avec Energie Service Biel/Bienne (ESB). Ceci est extrêmement positif.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Besten Dank für die kurze Diskussion und die Würdigung der Arbeit. Herr Strässler, ich nehme an, dass 2019 mehr investiert wird als 2020. Die Verteilung im Finanzplan dürfte noch nicht ganz korrekt abgebildet sein. Tatsächlich kommt es auf den Zeitpunkt der

Rechnungsstellung an; hinsichtlich des nun geplanten Projektablaufs gehe ich aber davon aus, dass 2019 höhere Kosten anfallen als 2020.

Herr Bohnenblust, Sie haben richtig vermutet: Bei der Sanierung der Bermenstrasse verkündete ich lauthals, diese werde immer befahrbar sein, was sich später als falsch herausstellte. Deshalb mache ich nun keine so absoluten Aussagen mehr. Die Projektverantwortlichen gehen heute davon aus, dass der Beaumontweg durchgehend offen sein wird. Es kann aber immer etwas Unvorhergesehenes passieren. Deshalb ist der Bericht etwas vorsichtiger verfasst als dies in der Vergangenheit der Fall war. Müsste der Beaumontweg trotz allem gesperrt werden, habe ich noch keinen Plan zu den Auswirkungen. Jedenfalls müsste eine Lösung für die Betroffenen gefunden werden.

Herr Waechter, ich weiss nicht, ob die Ersatzparkplätze kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das muss ich abklären. Hätten Sie die Frage vorgängig gestellt, hätte ich heute darauf antworten können. Betreffend Arbeitsvergabe ist die Stadt an ihre Submissionsverordnung (SGR 731.16) und weitere rechtliche Vorgaben gebunden. Sie kann nicht frei vergeben und kann deshalb auch nur bedingt regionale Anbietende berücksichtigen. Ansonsten kommt sie in Konflikt mit der GPK und der Finanzkontrolle. Die Submissionsregeln müssen jedenfalls eingehalten werden. Wenn ein Einladungsverfahren durchgeführt werden kann, werden mehrheitlich lokale Anbietende eingeladen. Um Preisabsprachen vorzubeugen, werden allerdings immer auch andere Anbietende angefragt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 06. Februar 2019 betreffend Beaumontweg – Lueg / Kanalisationserneuerung / Verpflichtungskredit, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt «Beaumontweg – Lueg / Kanalisationserneuerung» wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'200'000 zulasten der Sonderrechnung Abwasser bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

30. 20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020 - 2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich komme zurück auf die Botschaft zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen. Damit morgen ein konsolidierter Vorschlag vorgelegt werden kann, muss der Stadtrat bestimmen, ob die Argumente

für und gegen das Geschäft für beide Kulturinstitutionen separat oder aber gesamthaft aufgeführt werden sollen. Wir stimmen deshalb jetzt noch über den Antrag von Herrn Gugger ab.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Ich mache darauf aufmerksam, dass die bisher in der Botschaft aufgeführten Argumente für das Geschäft sowohl für das TOBS als auch für die Stadtbibliothek gelten. Ich nehme an, dass sich auch die Argumente der Gegnerschaft auf beide Kulturinstitutionen beziehen werden. Es ist deshalb fraglich, ob eine Aufteilung Sinn macht.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Gugger, die Argumente für und gegen das Geschäft pro Kulturinstitution gesondert aufzuführen

Der Antrag wird abgelehnt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wie erwähnt, werden wir morgen über die konsolidierte Botschaft beraten und abstimmen.

32. 20120208 Kongresshaus / Zwischenbericht Sofortmassnahmen / Projektänderung

Gonzalez Glenda, au nom de la commission de gestion: Ce rapport intermédiaire concerne les mesures urgentes pour la modification du projet d'assainissement partiel du Palais des Congrès. Un crédit d'engagement de 740'000 fr. pour l'étude de l'assainissement prévu au Palais des Congrès et un crédit d'engagement de 1'560'000 fr. pour la réalisation de mesures urgentes ont été octroyés par le Conseil de ville le 13 décembre 2017. Ces dernières ont été séparées en deux groupes, un premier concernant les câbles de tension du toit suspendu au-dessus de la piscine couverte et un deuxième concernant l'assainissement du béton de la façade de la maison-tour. Concernant les câbles de tension, la Commission de gestion (CDG) a pris acte que des travaux urgents n'ont pas pu être réalisés et ont dû être reportés. En effet, les nouvelles techniques permettant la vérification des câbles de tension pourront générer certaines économies. Par contre, la nouvelle technologie utilisée pour l'assainissement du béton a occasionné des frais supplémentaires d'un montant presque identique de 365'000 fr. En état actuel, le budget a été utilisé, et le Conseil municipal nous demande de renoncer, pour l'heure, à remplacer le plongoir, la tribune du public et les panneaux du plafond de la piscine. Ces travaux seront reportés. La CDG a souhaité comprendre pourquoi ces travaux urgents ont été reportés. Elle prend acte de la réponse du Département concerné selon laquelle ces travaux (notamment le remplacement du plongoir et des panneaux) auraient nécessité de fermer la piscine pendant six mois. La CDG prend acte des changements et motifs invoqués et vous invite à suivre la proposition du Conseil municipal.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Das Dossier Kongresshaus begleitet mich. Ich danke für den vorliegenden Zwischenbericht. Dessen Hauptbotschaft ist, dass der Zustand der Spannkabel noch relativ gut ist. Damit, und auch dank einer neuen Testmethode mit MRI, konnten CHF 366'000 eingespart werden. Dafür kommt es zu kleinen Mehrkosten bei den Betonplatten. Vor allem scheint mir aber Folgendes wichtig: als das Geschäft letztmals im Stadtrat diskutiert wurde, liess sich Alt-Stadtrat Fischer zur Äusserung verleiten, das Kongresshaus würde am besten gesprengt. Die Debatte war relativ hitzig und der Stadtrat stritt sich darüber, ob es sich überhaupt lohne, das Dach zu sanieren. Nun liegt ein Ergebnis vor. Offenbar lohnt sich die Sanierung, denn die Spannkabel sind in erheblich besserem Zustand als befürchtet. Das ist die beruhigende Botschaft dieses Berichts.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je souhaite poser une question concernant le prix du remplacement du plongoir. N'y a-t-il pas un zéro de trop à l'estimation des coûts? Si le chiffre de 100'000 fr. est exact, je me demande s'il n'y a pas la possibilité d'avoir un plongoir moins onéreux. Est-il en or ou spécial pour ce prix?

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Le rapport qui nous est soumis contient effectivement trois bonnes nouvelles. La première et la plus importante est que les câbles de tensions qui ont été examinés sont en bon état. Ensuite, la fermeture de la piscine a pu être évitée, ce qui réjouit tous les utilisateurs et utilisatrices de la piscine. La troisième bonne nouvelle est que le Service cantonal des monuments historiques envisage d'accorder une contribution de soutien de 203'900 fr. pour l'assainissement du béton. Pour le reste, le rapport ressemble avant tout à une annonce d'un dépassement de crédit que l'on constatera à l'heure du décompte. En effet, tout ce qui est décrit comme des «frais moindres

» sont en fait des frais reportés. Ajoutés aux dépassement de crédits d'ores et déjà avérés, ces frais indiquent un dépassement plutôt important. Le Groupe PRR suivra toutefois la proposition du Conseil municipal.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Auch aus Sicht der Fraktion SP/JUSO ist es erfreulich, dass das Dach hält. Das Kongresshaus ist ein Wahrzeichen unserer Stadt und ein öffentliches Gebäude. Deshalb ist die Stadt verpflichtet, es in Schuss zu halten, nicht zuletzt auch aus Sicherheitsgründen. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die vorliegende Projektänderung. Sie hat aber etwas Mühe damit, dass die notwendigen Arbeiten im Hallenbad aufs Eis gelegt werden sollen. Die Stützen unterhalb der Tribünen sind schlichtweg hässlich und wecken kein Vertrauen in das Gebäude. Dass der Sprungturm geschlossen bleibt, dürfte vor allem die Jungen schmerzen. Die Fraktion SP/JUSO wünscht sich deshalb auch für das Hallenbad rasche Lösungen, so dass das Kongresshaus nicht nur von aussen glänzt.

Torriani Latscha Isabelle, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR est d'accord avec les interventions précédentes, en particulier celle de la représentante de la Commission de gestion. Il nous est demandé d'approuver le renoncement au remplacement du plongoir, de la tribune du public et des panneaux du plafond de la piscine. Notre groupe comprend bien qu'il y a un intérêt à ne pas fermer la piscine de manière prolongée, mais le remplacement du plongoir ne nécessite pas de travaux

de longue durée. Une installation inutilisable ne donne pas une bonne image. Pour quelle raison le remplacement du plongeur n'est-il pas effectué? Pourquoi ne pas le détruire s'il n'est pas remplacé? Ce qui était initialement une urgence ne semble plus l'être – nous avons le sentiment de ne pas vraiment connaître le futur de l'affaire et de ne pas avoir un projet solide. De ce fait, dans quelques mois ou années, le Conseil de ville sera à nouveau appelé à voter un crédit pour effectuer les travaux qui sont pour le moment abandonnés. Le Groupe PSR souhaiterait davantage de vision sur la planification des projets de rénovation, surtout lorsqu'ils engagent des montants importants. En conséquence, nous attendons les réponses du Conseil municipal avant de décider si nous pouvons soutenir la modification du projet du Palais des Congrès.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Besten Dank für die gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Herr Sutter brachte es auf den Punkt: die Auskunft über den Zustand der Spannkabel ist eigentlich nur eine Hintergrundinformation, der Stadtrat hat heute nicht darüber zu befinden. Da die Information aber wichtig ist, wurde sie dem Stadtrat ebenfalls weitergeleitet. Die Spannkabel sind in gutem Zustand. Auch ich erinnere mich an die letzte Stadtratsdiskussion zum vorliegenden Geschäft. Damals wurde ein schlechter Zustand der Spannkabel befürchtet und es wurde darüber spekuliert, wie in diesem Fall mit dem Kongresshaus weiter verfahren werden sollte. Heute kann nun eine kleine Entwarnung gegeben werden. Vorliegend geht es um eine Projektänderung und nicht um einen Antrag für eine Krediterhöhung. Der ursprünglich vorgesehene Kredit kann eingehalten werden, die Mittel sollen aber anders eingesetzt werden als geplant. Das ist für den Stadtrat eine Premiere. Seit ich Gemeinderätin bin, wurde dem Stadtrat noch nie eine solche Projektänderung vorgelegt. Gemäss Stadtkanzlei bedingen aber grössere Projektänderungen im Umfang von ca. 10% oder mehr des Gesamtkredits eine Zusage des finanzkompetenten Organs.

Wie die Sprecherinnen der Fraktionen SP/JUSO und PSR richtig bemerkten, wird auf die ursprünglich vorgesehenen Sanierungsarbeiten im Hallenbad verzichtet. Mit dem ursprünglichen Projekt hätten der Sprungturm und die Deckenplatten saniert werden sollen, weil im Hallenbad sowieso ein Gerüst aufgestellt und das Bad hätte geschlossen werden müssen. Das nun vorliegende Projekt verzichtet auf ein Gerüst im Hallenbad weshalb es nicht mehr geschlossen werden muss. Das hat auch mit Service public zu tun. Als der Stadtrat letztmals über die bevorstehende Sanierung mit Hallenbadschliessung befand, gingen auf der Direktion Bau, Energie und Umwelt viele Rückmeldungen von Personen ein, die gerne weiterhin dort schwimmen wollten. Sie konnten nicht verstehen, weshalb das Hallenbad während so langer Zeit geschlossen werden sollte. Mit dem vorliegenden Projekt könnte nun eine normale Revision durchgeführt werden, was nur eine Schliessung von ein paar Wochen im Sommer bedingt. Auch ich hätte die Tribüne gerne saniert. Sie kann aber momentan auch belassen werden. Dem Gemeinderat ist es wichtiger, dass das Hallenbad offen bleiben kann. Die Tribüne kann auch später im Rahmen einer Gesamtsanierung renoviert werden. Kommt es zu einer Gesamtsanierung, bleibt das Kongresshaus sowieso während langer Zeit geschlossen, um alles in einem Durchgang zu erledigen. Herr Suter erwähnte den im Bericht aufgeführten optionalen Beitrag der Denkmalpflege von CHF 200'000. Dieser Betrag wurde in der Zwischenzeit gesprochen, was auch in den Medien kommuniziert wurde. Damit können die Mehrkosten bei der Fassade zu einem grossen Teil kompensiert werden. Wieso kostet die Sanierung des Sprungturms CHF

100'000? Auf die Frage nach den Baukosten antworte ich manchmal scherzhaft, alles erhalte einen Goldrand und sei edelsteinverziert. Jedenfalls führen Baukosten auch im Gemeinderat immer wieder zu grossen Diskussionen. Beim Sprungturm geht es nun einerseits um den Rückbau des alten Turms, andererseits um einen Turmneubau. Der Preis von CHF 100'000 basiert auf Erfahrungswerten, vielleicht fallen die Kosten aber auch tiefer aus. Im Moment wird ja gar kein neuer Sprungturm realisiert; er könnte aber bei einer Gesamtsanierung wieder zum Thema werden. Momentan wird das Geld aber nicht dafür ausgegeben. Ich danke für Ihre Unterstützung für die vorliegende Projektänderung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. Januar 2019 betreffend Kongresshaus / Zwischenbericht Sofortmassnahmen / Projektänderung, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Projektänderung bezüglich der Sofortmassnahmen im Kongresshaus mit dem momentanen Verzicht auf den Ersatz des Sprungturmes, der Tribüne und der Deckenplatten im Hallenbad wird genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Damit schliesse ich die heutige Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimkehr.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:25 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane